



Dialog und Entscheidung – Darmstadt weiter voranbringen

Koalitionsvertrag

zwischen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Darmstadt

und

CDU Darmstadt

für die Legislaturperiode 2016 bis 2021

Inhalt

	Präambel	3
1.	Für eine starke, verlässliche und inklusive Bürgerbeteiligungskultur	7
2.	Nachhaltig wirtschaften, intelligent sparen – Stärkung der Gestaltungskraft für ein Mehr an Generationengerechtigkeit	9
3.	Soziale Verantwortung, solidarisches Handeln, Bildung von Anfang an	21
4.	Gleiche Rechte, mehr Chancen – bessere Perspektiven für Frauen	32
5.	Darmstadt interkulturell und international entwickeln 33	
6.	Willkommenskultur und Integration gemeinsam schaffen	35
7.	Darmstadt lebenswert gestalten und 10.000 Wohnungen bauen	37
8.	Intelligent vorankommen	40
9.	Green Smart City gemeinsam ausbauen	46
10.	Tradition und Moderne entfalten	52
11.	Darmstadt in Bewegung halten	55
12.	Bürgerservice – analog und digital	60
13.	Sicheres Darmstadt – erst präventiv, dann repressiv	62

Präambel

In der Wissenschaftsstadt Darmstadt haben die Wählerinnen und Wähler im März 2016 Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der CDU den Auftrag erteilt, den erfolgreichen kommunalpolitischen Aufbruch, den das ökologisch-bürgerliche Bündnis seit 2011 in unserer Stadt begonnen hat, fortzusetzen. Gleichzeitig werden wir, GRÜNE und CDU, den eingeschlagenen Weg, Angebote an andere kommunalpolitische Akteurinnen und Akteure zu machen, einen fairen Stil der kommunikativen Auseinandersetzung zu gestalten und dialogische Entscheidungsfindungen für unsere Stadt zu suchen, weiter verfolgen. Der Koalitionsvertrag zwischen GRÜNEN und CDU ist die Grundlage für diese doppelte Aufgabe. Wir sind davon überzeugt, dass er eine trag- und anschlussfähige Basis für gemeinsame kommunalpolitische Diskussionen und Entscheidungen in den kommunalen Gremien ist und für den Souverän, die Darmstädter Bürgerschaft, verlässliche und zukunftsfähige Stadtentwicklungsperspektiven bietet.

Wir werden zusammen mit der Darmstädter Stadtgesellschaft und der Stadtwirtschaft unsere Stadt als moderne und weltoffene Bürgerstadt und als dynamischen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort stärken. Unser Ziel ist es, Darmstadt wirtschaftlich prosperierend, sozial gerecht, ökologisch verantwortlich und regional sowie international in Partnerschaft und mit Neugier auszurichten. Die Geschichte unserer Stadt hat immer wieder unter Beweis gestellt, dass Neues entstehen kann, dass Innovationen wirksam werden, dass Zukunftsweisendes nicht nur entworfen, sondern auch realisiert wird.

In den dreizehn im Koalitionsvertrag beschriebenen kommunalen Handlungsfeldern

1. Bürgerbeteiligung
2. Wirtschaft und Wissenschaft, Finanzen und Verwaltung
3. Soziales und Bildung
4. Frauenpolitik
5. Interkulturelles und Internationales
6. Willkommenskultur und Integration
7. Stadtentwicklung und Wohnen
8. Mobilität und Verkehr
9. Klima-, Umwelt- und Energiepolitik
10. Kultur
11. Sport
12. Bürgerservice
13. Sicherheit und Ordnung

sind für uns die zentralen Herausforderungen der Stadtpolitik der nächsten fünf Jahre dargelegt.

Für eine wachsende, funktionierende Stadtgesellschaft gilt es, die Potenziale unserer Stadt weiter zu entfalten. Unser Koalitionsvertrag greift strukturelle und individuelle Perspektiven und Lösungsstrategien für die aktive Gestaltung der Stadt auf.

Bürgerbeteiligung, moderne Verwaltungsstrukturen, stadtteilorientierte Arbeit und auf Ressourcen ausgerichtete Planung sind die prinzipiellen Leitlinien unseres Handelns.

Vieles ist in der vergangenen Legislaturperiode erreicht und verbessert worden: Ausbau der Kinderbetreuung bis an die Spitze Hessens, Aufbau einer offenen Bürgerbeteiligungskultur, Haushaltsausgleich und Beginn des Schuldenabbaus, Stärkung und demokratische Kontrolle der Stadtwirtschaft, insbesondere im städtischen Klinikum und bei der ENTEGA, systematische Kommunikation zum Wirtschafts- und Wissenschaftsprofil, Straßensanierungsprogramm und Fortführung der Schulbausanierung, Planungssicherheit für kulturelle, soziale und sportliche Initiativen, Start der Konversion im Wohnungs- und Gewerbe-Bereich (Lincoln-Siedlung, Kelley-Barracks, Nathan-Hale-Depot), Verdreifachung des sozialen Wohnungsbaus, Einigung mit der Region und dem Land hinsichtlich der ICE-Anbindung Darmstadts, eine bundesweit beachtete Aufnahme und Integration von Geflüchteten, erfolgreiche Bewerbung für die Landesgartenschau und starke Leistungen auf dem Weg zum Welterbe Mathildenhöhe. Viele weitere Projekte könnten hier benannt werden.

Neben dem Erreichten und Begonnenen gibt es Daueraufgaben, geplante Projekte und große Stadtentwicklungsmaßnahmen, die wir kraftvoll und entschlossen, aber auch mit der notwendigen Reflexion und Beteiligung der anderen kommunalen Partnerinnen und Partner sowie der Darmstädter Bürgerschaft anpacken und realisieren werden. Dies wird durch eine konsequente Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung ermöglicht: Entwicklung neuer Stadtteile (Lincoln, Jefferson, Cambrai-Fritsch) und Bau von 10.000 neuen Wohnungen, Neubau des Berufsschulzentrums Nord, Stärkung der Mobilität für alle durch Ausbau von Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) und Radwegenetz, Umbau des Bollenfalltor-Stadions, Neubau des Nordbads, Neugestaltung des Stadteingangs Rheinstraße und die kluge Entwicklung einer internationalen Stadt sind für uns teilweise schon in Angriff genommene, zentrale Entwicklungsanforderungen. Darüber hinaus sind im Koalitionsvertrag für unsere kommunalen Ziele differenzierte Vorschläge und Konzepte formuliert, die wir im Dialog mit der Stadtgesellschaft verbessern und realisieren werden.

Beide Partner werden gemeinsam und unabhängig von der jeweiligen Magistrats- und Ressortzuständigkeit mit dem direkt gewählten Oberbürgermeister und jeweils zwei hauptamtlichen Dezernentinnen und Dezernenten für eine transparente, professionelle, effektive und effiziente Verwaltung zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger eintreten. Wir, GRÜNE und CDU, werden auch die kommende Legislaturperiode zusammen gestalten, im gegenseitigen Vertrauen, das in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Wir haben den festen Willen zu einer verlässlichen und verantwortlichen Kooperation. Wir sind bereit, im Interesse der Stabilisierung und Berechenbarkeit der Stadtpolitik, insbesondere in Haushaltsfragen und bei Wahlen von Dezernentinnen und Dezernenten, neue Modelle der Mehrheitsfindung mit einem oder weiteren Partnern zu vereinbaren und zu entwickeln. Wir, GRÜNE und CDU, werden für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung übernehmen. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten innerhalb der Koalition wird es nicht geben.

Wir sind zuversichtlich, dass bei dem Vielen, was uns eint, und dem gegenseitigen Verständnis für das, was uns trennt, immer einvernehmlich Lösungen gefunden werden, für ein dynamisches, wirtschaftlich starkes, sozial gerechtes, ökologisch verantwortliches und internationales Darmstadt.

Darmstadt, 23. Juni 2016

Jochen Partsch
Oberbürgermeister

Hildegard Förster-Heldmann
Parteisprecherin und
Fraktionsvorsitzende B'90/DIE GRÜNEN

Dr. Jürgen Deicke
Parteisprecher B'90/DIE GRÜNEN

Paul Georg Wandrey
Kreisvorsitzender CDU

Yücel Akdeniz
Fraktionsvorsitzender B'90/DIE GRÜNEN

Hartwig Jourdan
Fraktionsvorsitzender CDU

1. Für eine starke, verlässliche und inklusive Bürgerbeteiligungskultur

Eine starke parlamentarische Demokratie braucht auch eine starke und verlässliche Bürgerbeteiligung. Hier sind wir in Darmstadt in den letzten Jahren sehr weit vorangekommen und werden den Weg konsequent fortsetzen, um einen guten Dialog zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu ermöglichen.

Der erfolgreich begonnene Prozess zur Umsetzung der Leitlinien zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Darmstadt wird fortgeführt, indem wir die erarbeiteten Vorgehensweisen weiter implementieren und bei Bedarf immer wieder nachsteuern. Die Verankerung der Regeln in der Stadtverwaltung hat bereits begonnen und ist in Form der Vorhabenliste, des 1. Bürgerbeteiligungsberichts der Wissenschaftsstadt Darmstadt und durch viele konkrete Beteiligungsverfahren sichtbar geworden.

Die frühzeitige Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Planungen und Vorhaben in der Stadt ist für uns ein Grundprinzip politischen Handelns. Bürgerbeteiligung bereitet parlamentarische Entscheidungen vor und ermöglicht eine breite Abwägung zwischen den verschiedenen Interessen und Einschätzung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Damit können wir das Wissen und die Erfahrungen möglichst vieler Menschen einbeziehen und in der Abwägung der besten Entscheidung berücksichtigen. Die Verantwortung über politische Entscheidungen liegt letztendlich beim Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung.

Wir unterstützen den Ansatz einer Politik des Gehörtwerdens für alle.

Bürgerbeteiligung ist für uns mehr als die Beteiligung an städtischen Planungen und Vorhaben, sie schließt auch die Beteiligung durch eigene Initiativen, politische Aktionen und Engagement für das Gemeinwohl ein. Wir wollen die Möglichkeiten stärken, dass Bürgerinnen und Bürger eigene Projekte und Themen auf die politische Agenda bringen können.

Wir begrüßen es, dass sich die Darmstädterinnen und Darmstädter engagieren und mit ihren Ideen und Vorschlägen für eine nachhaltige, gute Entwicklung in den Darmstädter Quartieren, Stadtteilen und der Gesamtstadt einsetzen. Der Grundsatz der inklusiven Bürgerbeteiligung für alle in Darmstadt wird mit uns konsequent weiterentwickelt, indem wir auf barrierearme Beteiligungsmethoden achten und den Ausbau der Gemeinwesenarbeit und der Stadtteilforen unterstützen.

Wir werden eine starke, verlässliche und inklusive Bürgerbeteiligungskultur fortführen und weiterentwickeln, indem wir folgende Schwerpunkte setzen:

- Die Stabsstelle im Dezernat des Oberbürgermeisters wird zu einer zentralen Koordinations- und Servicestelle für alle Bürgerbeteiligungsfragen ausgebaut.
- Wir werden dafür sorgen, dass regelmäßig ein Bürgerbeteiligungsbericht vorgelegt wird, um Rechenschaft über die Bürgerbeteiligungsaktivitäten eines Jahres abzulegen, die Leitlinien zur Bürgerbeteiligung weiterzuentwickeln und Transparenz sicherzustellen.

- Die Vorhabenliste als zentrales Informationsangebot über Vorhaben und Planungen der Stadt wird als verlässliches Angebot ausgebaut.
- Wir werden Regeln und Möglichkeiten zur Einbringung von eigenen Vorschlägen durch Bürgerinnen und Bürger schaffen und den Bürgerhaushalt weiterentwickeln.
- Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Beiräte, Ausschüsse, Stadtteilforen und -runden sowie anderer beratender Gremien werden erhalten und gestärkt. Sie stellen eine wichtige Schnittstelle zwischen Bürgerschaft und Magistrat dar.
- Die Beteiligung von Menschen, die sich bisher wenig oder gar nicht angesprochen fühlen bzw. mitmachen können, wollen wir stärken. Hierzu werden wir Barrieren analysieren und abbauen.
- Wir unterstützen den Ausbau der Gemeinwesenarbeit, um möglichst kleinräumige Prozesse zur Stärkung der politischen Teilhabe umzusetzen und dem Eindruck, dass die eigene Stimme nicht zähle, mit konkreten Erfahrungen entgegenzuwirken.
- Wir werden frühzeitige Beteiligungsangebote weiter ausbauen, damit die Ergebnisse der Beteiligungsverfahren gesichert werden und in die politische Beratung einfließen können.
- Wir werden weiterhin Bürgerinformationsveranstaltungen, repräsentative Bürgerumfragen, Planungswerkstätten, Online-Beteiligung und weitere Verfahren der Bürgerbeteiligung anbieten und diese möglichst barrierearm gestalten.
- Wir werden die Organisationsform der Bürgerstiftung Darmstadt überprüfen und stärkere Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger suchen.

2. Nachhaltig wirtschaften, intelligent sparen – Stärkung der Gestaltungskraft für ein Mehr an Generationengerechtigkeit

Eine solide Finanzpolitik ist die Basis für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Wir wollen Darmstadt aktiv gestalten, ohne die Generationengerechtigkeit zu gefährden. Die Finanzlage der Wissenschaftsstadt Darmstadt hat sich in der vergangenen Legislaturperiode durch eine entschlossene Konsolidierung des städtischen Haushalts und eine am Machbaren orientierte Politik deutlich verbessert. Der angestrebte Haushaltsausgleich konnte erreicht werden. Damit wurden wesentliche Grundlagen für eine Fortentwicklung unserer Stadt und der kommunalen Infrastruktur geschaffen.

In den kommenden fünf Jahren wollen wir jährlich Überschüsse zum Abbau der Schulden und der Stärkung der Infrastruktur verwenden. Wir müssen handlungsfähig bleiben, den Sanierungsstau weiter abarbeiten und dem Wachstum der Stadt Rechnung tragen. Investitionen mit finanzieller Rendite für den Haushalt müssen sein, damit Darmstadt attraktiv und innovativ bleibt.

Haushaltsausgleich

Der jährliche Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben muss weiterhin ein wesentliches Hauptziel der Kommunalpolitik bleiben; nicht ausgeglichene Haushalte und eine Deckung der Ausgaben über Kassenkredite müssen auf jeden Fall vermieden werden.

- Um die finanzielle Lage der Stadt nachhaltig zu stabilisieren, ist der Haushaltsausgleich nicht ausreichend. Daher ist ab dem Haushaltsjahr 2017 im Ergebnishaushalt ein Überschuss von mindestens 10 Mio. Euro anzustreben, um die Kassenkredite abzusenken. Dies ist in der Haushaltssatzung zu verankern.

Abbau der Verschuldung

Nur durch die dauerhafte Erzielung von Überschüssen im Ergebnishaushalt ist es möglich, die hohe Verschuldung der Wissenschaftsstadt Darmstadt schrittweise zurückzuführen. Dies ist vor allem für die Kassenkredite dringend geboten, da diesen keine Sachwerte gegenüberstehen und der Haushaltsausgleich derzeit auch durch das günstige Zinsniveau auf den Kapitalmärkten begünstigt wird.

- Der Höchstbetrag der Kassenkredite, derzeit 285 Mio. Euro, muss sukzessive zurückgeführt werden. Minimalziel ist eine Rückführung von 10 Mio. Euro pro Jahr.
- Mit der langfristigen Zinssicherung eines Großteils der Kassenkredite sind im Jahr 2015 eine wirksame Risikobegrenzung und der Einstieg in eine systematische Reduzierung der Kassenkredite gelungen. Dies wollen wir fortführen und bei Bedarf innovative Finanzierungsinstrumente nutzen.

- Für den Gesamtbestand aller Kredite des Kernhaushalts und der Eigenbetriebe soll ein mittel- und langfristiger Tilgungsplan entwickelt werden. Aufgrund des hohen Bestandes an städtischen Bürgschaften sollen diese in Zukunft nur noch in unumgänglichen Ausnahmefällen gewährt werden. Bestehende Bürgschaften sind mit dem Abbau der zugrunde liegenden Kreditgeschäfte zurückzuführen.

Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung

Auch wenn der Haushaltsausgleich 2016 erstmalig gelungen ist und sich die Finanzlage der Stadt spürbar verbessert hat, begreifen wir die Konsolidierung der städtischen Finanzen als Daueraufgabe. Eine regelmäßige Überprüfung der kommunalen Leistungserstellung und Angebote sowie die Fortführung des erfolgreichen Konsolidierungspfades sind schon deshalb erforderlich, da den Kommunen regelmäßig neue Aufgaben und Herausforderung erwachsen, welche den zurückgewonnenen finanziellen Handlungsspielraum tendenziell wieder einengen und den Haushaltsausgleich gefährden.

Auch weiterhin setzen wir auf den Dreiklang aus Einsparungen, Einnahmeerhöhung und Effizienzsteigerung. Alle Investitionen müssen auf ihre Folgekosten hin untersucht werden. Vorrang haben Bildung, Betreuung und der Erhalt und die Sanierung der vorhandenen Infrastruktur.

- Angesichts der hohen Verschuldungssituation unserer Stadt und der eingeschränkten Möglichkeit einer zusätzlichen Nettoneuverschuldung ist eine stringente Investitionspriorisierung notwendig.
- Die angespannte Haushaltssituation lässt zurzeit keine Spielräume für die Senkung von Steuern und Abgaben zu. Darmstadt braucht vielmehr diese Einnahmen, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts zu gewährleisten.

Es müssen alle Möglichkeiten zur Einnahmenerhöhung ausgeschöpft werden.

- Wir wollen das Finanzmanagement auf die Nutzung von Landes-, Bundes- und EU-Programmen zur Kofinanzierung kommunaler Aufgaben ausrichten.
- Beteiligungsverkäufe und Sondererlöse werden wir nicht konsumtiv im Ergebnishaushalt verwenden, sondern nur für wichtige Investitionen und zum Schuldenabbau einsetzen.
- Die Gespräche mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg zur gerechten finanziellen Lastenverteilung für die Leistungen des Oberzentrums Darmstadt, insbesondere hinsichtlich der Investitionen für den Neubau oder die Sanierung der Schulen und hinsichtlich der Angemessenheit der Gastschulbeiträge, werden fortgeführt.
- Städtische Gebühren müssen weiterhin regelmäßig auf Kostendeckung hin überprüft werden. Fairen Leistungen muss stets ein fairer Preis gegenüberstehen. In den letzten Jahren konnten die Abwassergebühren

deutlich gesenkt und die Müllgebühren trotz jährlicher Kostensteigerungen stabil gehalten werden. Wir werden weiterhin bei allen städtischen Betrieben die Betriebsabläufe optimieren und Synergieeffekte heben, um die Gebühren für die Darmstädter Bürgerschaft so niedrig wie möglich zu halten.

Zur Steigerung der Effizienz müssen Verwaltungsabläufe und -strukturen modernisiert werden. Möglichkeiten zur Kooperation mit anderen öffentlichen Einrichtungen und Gebietskörperschaften sowie privaten Akteurinnen und Akteuren wollen wir ausschöpfen.

- Die Beschäftigten der Wissenschaftsstadt Darmstadt sind die Garantinnen und Garantensowie die Leistungsträgerinnen und -träger einer bürgernahen und modernen Verwaltung. Wir werden daher alle Instrumente zur Stärkung der Personalentwicklung nutzen und diese gemeinsam mit den Beschäftigtenvertretungen (Personalrat und Gesamtpersonalrat) entwickeln.
- Wir werden die Verwaltungsstrukturen einem Benchmarking unterziehen.
- Die Anreizmechanismen für Einsparvorschläge seitens der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen verbessert werden.
- Dezentrale Finanz- und Ressourcenverantwortung soll dazu beitragen, dass alle Verwaltungseinheiten Anreize für eigenständige intelligente Konzepte erhalten.
- Doppelstrukturen in der Verwaltung müssen abgebaut werden.

Haushaltsplanung fortentwickeln: transparent, früh, langfristig

Nach wie vor gilt: Die Haushaltskonsolidierung kann nur gelingen, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen wird. Daher wollen wir mit den Menschen in der Stadt über Investitionen und Einsparungen auch weiterhin ins Gespräch kommen.

In der abgelaufenen Legislaturperiode ist es gelungen, das städtische Finanzwesen auf einen aussagekräftigen Produkthaushalt umzustellen, ein unterjähriges Berichtswesen einzuführen und durch die zügigere Aufstellung der Jahresabschlüsse schneller Rechenschaft über abgelaufene Haushaltsjahre zu führen. Hierdurch wurde auch die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung gestärkt.

- Der Produkthaushalt soll weiter verfeinert und unter Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung um weitere aussagekräftige Kennzahlen ergänzt werden.
- Auch der erfolgreich eingeführte Bürgerhaushalt soll unter Beteiligung der Stadtverordneten und der Bürgerschaft verfeinert und auf die Stadtteile in entsprechender Form angewandt werden.
- Eine Transparenz des Haushalts ist uns wichtig. Der Zugang zu den Daten und Informationen soll mit modernen Mitteln verständlich visualisiert und zugänglich gemacht werden.

- Die Stadtteilforen sollen in die Vermittlung des Haushalts einbezogen werden.
- Der Ausbau des unterjährigen Berichtswesens wird fortgeführt, um das bereits bestehende Frühwarnsystem in seiner Funktionsfähigkeit zu stärken und Steuerungsinstrumentarien für die städtischen Finanzen und für die Produkterstellung zu erhalten.
- Ende 2016 werden die Jahresabschlüsse des Kernhaushalts und der Eigenbetriebe für die vorangegangenen Jahre vollständig vorliegen und ab dem Haushaltsjahr 2017 stets zeitnah erstellt.
- Um Außenstände zeitnäher einzubringen, ist das städtische Forderungsmanagement zu stärken und die Einbeziehung privater Unternehmen im Sinne eines Factorings zu prüfen.
- Durch eine rechtzeitige Einbringung des Haushalts mit allen erforderlichen Unterlagen in die Beratungen der städtischen Gremien werden wir auch in den kommenden Jahren die Grundlagen für eine schnelle Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht schaffen und somit weiterhin für eine hohe Planungssicherheit für Bürgerschaft, Kreative und Vereine sorgen.

Investitionen in Effizienz und Substanzerhaltung haben Priorität

Eine nachhaltige Verbesserung von Lebensqualität und Funktionalität der Infrastruktur muss Ziel aller Investitionen sein. Vorrang vor baulichen Erweiterungen und Neubauten hat eine nachhaltige Bestandserhaltung.

- Die Sanierung des Berufsschulzentrums Nord hat für uns oberste Priorität, da die Sicherung der beruflichen Ausbildung für die jungen Menschen in Stadt und Region zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik ist und qualifizierte Fachkräfte in einem dynamischen Wirtschaftszentrum gebraucht werden.
- Das erfolgreiche Schulbausanierungsprogramm muss weitergeführt werden.
- Das Sanierungsprogramm für den öffentlichen Raum soll fortgeführt werden und insbesondere auch Fuß- und Radwege, Grünanlagen und Plätze berücksichtigen. Eine Reduzierung der Mittel führt zu erneutem Substanzverzehr.
- Zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der sportlichen Infrastruktur werden wir konsequent den Umbau des Stadions am Böllenfalltor sichern. Falls rechtliche Einwände dies verhindern, werden wir in Abstimmung mit dem Verein eine alternative Lösung suchen.
- Wir werden das Nordbad neu bauen, um den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger (Familienbad), der Schulen und des Leistungssports gerecht zu werden.
- Die Verwaltungseinheiten der Wissenschaftsstadt Darmstadt sind in Gebäuden untergebracht, die über die ganze Stadt verteilt liegen und dem Anspruch einer

barrierefreien und gut zugänglichen, bürgerfreundlichen Wissenschaftsstadt nicht überall genügen. Es besteht zudem ein hoher Sanierungsaufwand in energetischer und gesamtbaulicher Hinsicht. Daher muss geprüft und untersucht werden, ob und wie ein Zusammenlegen der Verwaltung unter den folgenden Kriterien gelingen kann: Barrierefreiheit, mögliche Zusammenfassung an einem Ort, gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und Finanzierbarkeit in Relation zu hohen Sanierungskosten. Die Überlegungen für ein zentrales neues Rathaus auf dem Marienplatz werden nicht weiter verfolgt, da hier Wohnungen entstehen sollen.

- Wir wollen die Sanierung der Abwasserkanäle fortsetzen.
- Bei Verwaltungsgebäuden, Versammlungs- und Sportstätten ist der Sanierungsstau abzarbeiten. Die Förderung von Investitionen bei Sportvereinen soll mit energetischen Sanierungen verbunden werden.
- Auch bei anderen städtischen Gebäuden (Schulen, Verwaltung, Versammlungsstätten) sowie bei den Straßenlaternen und Lichtsignalanlagen ist die energetische Sanierung voranzutreiben.
- Wasser- und abwasserbezogene Sanierungen sollen umgesetzt werden, z.B. durch wassersparende Technik und Nutzung von Brauchwasser im städtischen Gebäudebestand und bei Bädern.
- Der Darmbach soll vom Kanalnetz abgekoppelt werden.

Nachhaltiges Beschaffungswesen und Green IT

Die aktuellen Vergaberichtlinien der EU-Kommission und ihre Umsetzung ins deutsche Recht erlauben der öffentlichen Hand, Nachhaltigkeitskriterien in die Vergabe einfließen zu lassen.

Diese Chance wollen wir nutzen, indem wir die in diesem Bereich zersplitterten, dezentralen Aktivitäten der Stadt zusammenführen und konsequent auf eine nachhaltige Beschaffung ausrichten. Dies wird zu einer Belebung der regionalen Wirtschaft und des Handwerks sowie zu Innovationen im Bereich der nachhaltigen Technologien führen.

Aus der konsequenten Bündelung der Beschaffung an wenigen Stellen lassen sich neben der Verbesserung der Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien auch eine wirtschaftlichere Beschaffung und die Möglichkeit der Steigerung der regionalen Wertschöpfung erwarten.

Darüber hinaus braucht die Stadt Darmstadt ein Gesamtkonzept für Green IT, d.h. für eine umwelt- und ressourcenschonende Informations- und Kommunikationstechnologie für die gesamte Stadtverwaltung. Das umfasst auch so weit wie möglich die Unternehmen der Stadtwirtschaft. Neben der stadtkonzernweiten nachhaltigen Beschaffung von Hardware und Software sollte darauf hingearbeitet werden, vermehrt auf Thin Clients zu setzen, die Server-Ressourcen zu bündeln und die IT zur

Unterstützung einer papierarmen Stadtverwaltung zu stärken. Deshalb werden wir das Projekt Green Smart City weiterverfolgen.

Durch intelligente Stadtwirtschaft die Daseinsvorsorge sichern

Die Stadt Darmstadt braucht eine starke Stadtwirtschaft. Wir werden in den nächsten Jahren die Mehrheitsbeteiligungen an den wesentlichen Unternehmen halten. Auch werden wir mit dem Klimabericht sicherstellen, dass die Leistungen der Stadtwirtschaft weiterhin klar unseren Nachhaltigkeitszielen entsprechen. Das umfasst auch Maßnahmen für die weitere Positionierung Darmstadts als Stadt der Energiewende (insbesondere die Ausweitung der erneuerbaren Erzeugungskapazitäten).

Für die strategische und operative Entwicklung der Unternehmen wird die breit getragene Stadtwirtschaftsstrategie umgesetzt. Wir konzentrieren uns dabei auf ein Mehr an Effizienz und ein Mehr an Innovation bei den erbrachten Leistungen. Wir werden die Aufwandsstrukturen der Stadtwirtschaft überprüfen und weiter optimieren. Gerade in der Bündelung von Abteilungen aus dem Finanz- und Rechnungswesen sehen wir Chancen.

Die intelligente Stadtwirtschaft wird auch durch innovative Leistungen gestärkt. Wir werden z.B. im Rahmen eines Forschungsprojektes prüfen, inwiefern die Busflotte der HEAG mobilo auf Elektrobusse umgestellt werden kann. Die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger bei der ENTEGA (z.B. Bürgeraktien, Kooperationen mit Energiegenossenschaften) werden wir ausweiten und neue Angebote für eine digitale Infrastruktur gerade auch für Unternehmen anbieten.

- Wir nutzen unsere Steuerungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Strategie der Stadttrendite, die ökonomische, ökologische und soziale Wertschöpfung erbringt.
- Einen Verkauf von öffentlichem Eigentum lehnen wir ab, sofern damit die Grundversorgung der Bevölkerung eingeschränkt wird, dies mit dem Verlust von Steuerungsmöglichkeiten für elementare Bereiche der Entwicklung der Stadt verbunden ist oder wenn diese Beteiligungen Gewinn bringend sind.
- Die kommunale Stadtwirtschaft lebt wesentlich von der demokratischen Steuerung und Kontrolle. Daher werden wir überprüfen, ob und wie diese durch einen Rechtsformwechsel des Stadtteilmanagements verbessert werden können.

Förderung von Wirtschaft und Wissenschaft in der Schwarmstadt

Darmstadt hat sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt. Unsere Stadt zählt zu den wenigen Kommunen in Deutschland mit einem überdurchschnittlichen Bevölkerungswachstum und einem besonders hohen Anteil junger Menschen an der Einwohnerschaft. Sie gilt heute als eine der sogenannten Schwarmstädte der Bundesrepublik Deutschland. Namhafte Institute prognostizieren beste Zukunftsaussichten. Beispielsweise kürten WirtschaftsWoche und Immobilienscout24 Darmstadt 2015 zum Gewinner ihres Zukunftsrankings. Und die Industrie- und

Handelskammer (IHK) wählte die Wissenschaftsstadt im März 2015 als erstes Oberzentrum in der Region zum "Ausgezeichneten Wohnort für Fach- und Führungskräfte".

Begleitet wird die Zunahme der Bevölkerung von einem stetigen Wachstum der Beschäftigung. Bei aktuell über 157.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bietet die Stadt mehr als 127.000 Menschen einen Arbeitsplatz. Darmstadt ist wirtschaftlich und wissenschaftlich ein Hochkaräter. Diese Ausgangslage ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik der vergangenen Jahre, die auf Verlässlichkeit, Beharrlichkeit und auf das Konzept der Wissenschaftsstadt setzt. Diese Chance wollen wir nutzen. Gefragt ist fester Gestaltungswille, um Darmstadts Stärken zum Vorteil der gesamten Stadtgesellschaft zukunftssicher und konzentriert weiterzuentwickeln. Alle hier ansässigen Traditionsunternehmen wollen wir am Standort halten und neue hinzugewinnen.

- Die Profilierung unserer Stadt als bedeutender Wirtschafts-, Wissenschafts-, Forschungs- und Hightech-Standort wird fortgesetzt. Dabei setzen wir auch auf die Innovationskraft des Handwerks und des Mittelstandes. Abhängig von der Entwicklung des Kommunalen Finanzausgleichs wollen wir als verlässlicher Partner der heimischen Wirtschaft den Gewerbesteuer-Hebesatz möglichst unverändert lassen, um den vorhandenen Unternehmen Planungssicherheit und den Anreiz für zusätzliche Firmenansiedlungen zu bieten.

Masterplan für die Stadt der kurzen Wege

Mit dem Masterplan Darmstadt 2030+ werden wir der Stadt endlich das jahrzehntelang fehlende, ausformulierte Leitbild der Stadtentwicklung geben, auch in Bezug auf Wirtschaft und Wissenschaft.

Eine Kernaufgabe der nächsten Jahre wird es dabei sein, in der wachsenden Stadt zunehmende Flächen- und Nutzungskonkurrenzen zu moderieren. Eine wirklich nachhaltige Stadtentwicklung muss die Lebensqualität im Blick haben und Raum für Wohnen, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Infrastruktur gleichermaßen bereitstellen. Sie darf dabei nicht einseitig auf eine einzelne Funktion blicken. Neben den großen Unternehmen benötigen gerade auch der leistungsfähige Mittelstand, Handel und Handwerk günstige Rahmenbedingungen. Deren Bedeutsamkeit für einen funktionierenden, prosperierenden Stadtorganismus erkennen wir ausdrücklich an und wollen wir stärken.

Dies werden wir im Masterplan Darmstadt 2030+ auf Basis breiter Bürgerbeteiligung und unter Hinzunahme externer Expertise umsetzen.

- Wir werden den Unternehmen und Institutionen vor Ort weiterhin bei der Erstellung von betrieblichen Mobilitätskonzepten zur Seite stehen, um moderne, zukunftsweisende Ansätze weiter zu verbreiten, und die Wirtschaft in die Umsetzung des kommunalen Klimaschutzkonzepts kooperativ einbeziehen.
- Wo Gewerbeflächen sinnvoller platziert sind als Wohnen, wie im Bereich der

Konversion West, werden wir dies umsetzen. Wo nicht mehr zeitgemäße Bürostandorte in neues Wohnen umgewandelt werden können, wie vielfach im Verlagsviertel, werden wir diese Option begleiten. Hierzu werden wir ein Gewerbeflächenkataster erstellen.

- In den letzten Jahren hat im wissenschaftlichen Bereich im Besonderen die Technische Universität (TU) ein einzigartiges Bauvolumen realisiert und architektonische Qualitäten geschaffen. Dies wird sich für die TU, aber auch für die weiteren Forschungsinstitutionen in Darmstadt, fortsetzen und wir werden es weiter begleiten und fördern.
- Auch der Bau des Fair-Beschleunigers der GSI im Norden der Stadt bedarf weiterhin unserer besonderen Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Schwerpunkte in Wirtschaft und Wissenschaft

Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen unserer „Wissenschaftsstadt“ und „Universitätsstädten“ klassischer Ausprägung ist, dass Darmstadt weiterhin über einen starken produzierenden Kern auf technologisch hohem Niveau verfügt. Die Produktion ist ein unverzichtbares Instrument, um die Vorteile einer wissens- und technologiegeprägten Stadtentwicklung für die gesamte Stadtgesellschaft nutzbar zu machen und dem Aufklaffen der sozialen Schere aktiv entgegenzutreten. Dazu bekennen wir uns ausdrücklich und halten an dem industriepolitischen Leitbild fest, das in der letzten Legislaturperiode gemeinsam mit dem Unternehmerverband Südhessen und dem Deutschen Gewerkschaftsbund erarbeitet wurde.

Die große strukturelle Stärke Darmstadts ist es, mehrere in Wirtschaft und Wissenschaft gleichermaßen vertretene Cluster auszubilden, die für Krisensicherheit und Chancenreichtum stehen. Wir wagen es, uns ein klares Profil zu geben und uns nicht in Beliebigkeit zu verlieren. Die Schwerpunktbranchen, auf die wir setzen, sind weiterhin Chemie/Pharma, IT, Maschinenbau und Elektrotechnik, Kosmetik sowie Weltraum- und Satellitentechnik.

Das Leitunternehmen des Chemie-/Pharma-Clusters, die Merck KGaA, feiert als ältestes Unternehmen dieser Branche im Jahr 2018 sein 350. Jubiläum. Mit einem Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro wird dort derzeit der Firmenstammsitz modernisiert und ausgebaut. Ein starkes Bekenntnis zum Standort Darmstadt und seinen Arbeitsplätzen, das wir ausdrücklich begrüßen. Wir nehmen mögliche Fragen in der Bevölkerung zu den Umfeld- und Verkehrswirkungen der Baumaßnahmen sehr ernst, unterstützen aber gleichzeitig die infrastrukturellen Entwicklungen der Firma Merck.

Darmstadt als Innovationsmotor

Auf Basis der bestehenden Stärken bieten sich der Wissenschaftsstadt Darmstadt derzeit an verschiedener Stelle Chancen, seine Position als führender Wirtschafts- und Innovationsstandort auszubauen. Diese werden wir nutzen, indem wir positive Rahmenbedingungen schaffen und mit Partnern zusammenarbeiten.

Dies gilt für den Bereich Green Smart City, den wir in den kommenden Jahren konsequent verfolgen werden, um am Schnittpunkt zwischen den Möglichkeiten der Digitalisierung, Bürgernähe und nachhaltigen Entwicklung unsere Stadt effizienter und ökologisch noch verantwortlicher zu organisieren. Hierzu zählt auch der Energiesektor, auf dem die Koalition der letzten fünf Jahre mit starkem Gestaltungswillen wichtige Richtungsentscheidungen für die ENTEGA AG getroffen hat. Stadt, ENTEGA und die Handwerkskammer haben mit der Effizienz:Klasse GmbH ein Kompetenzzentrum für energieeffizientes und wirtschaftliches Bauen und Modernisieren geschaffen, das wir weiterführen werden.

- Im Cluster der Informations- und Kommunikationstechnologien erlebt Darmstadt derzeit einen beispielhaften Aufstieg als europäisches Zentrum der IT-Sicherheit im Umfeld des Fraunhofer-Instituts für Sichere Informationstechnologie SIT und der Technischen Universität (TU). Diese Entwicklung werden wir weiter begleiten und fördern, wo dies möglich ist. Gleiches gilt für das Schlagwort Industrie 4.0., bei dem in Darmstadt die flexiblen, industriellen Abläufe der Zukunft erprobt werden und die Stadt erneut ihre Stärken in den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik und IT voll ausspielen kann.
- Im Bereich der Raumfahrt werden wir gemeinsam mit dem Land Hessen sowie Partnern aus Industrie und Wissenschaft im Centrum für Satellitennavigation Hessen Cesah weiter raumfahrtaffine Startups fördern. Wir bieten unsere Unterstützung bei der wichtigen Aufgabe der Etablierung eines BesucherInnen-zentrums am ESOC an und wollen in Darmstadt einen international wirksamen Kongress im Themenfeld "Gesellschaft und Raumfahrt" etablieren.
- Im Jahr 2014 wurde auf Initiative des Oberbürgermeisters, des Präsidenten der TU und der Schader-Stiftung der Runde Tisch "Wissenschaftsstadt" mit den Spitzen aller Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen in Darmstadt ins Leben gerufen. Dieses und andere Beispiele für aktive Innovationsnetzwerke in unserer Stadt werden wir weiter stärken. Ein Memorandum zur Wissenschaftsstadt soll Eingang in den Masterplan Darmstadt 2030+ finden.
- Im Segment Tourismus und Stadtmarketing ist der neu eingerichtete Marketingbeirat ein erfolgreiches Beispiel für die breite Beteiligungs-, Beratungs- und Konsultationskultur, die wir pflegen und an der wir festhalten.
- Tourismus, Kultur und Tagungswesen wollen wir enger miteinander verknüpfen, um uns im Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen noch besser profilieren zu können.
- Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass für das Kongresswesen und den Tourismus in Darmstadt eine Erweiterung der Hotelkapazitäten günstig wäre. Entsprechende Projekte werden wir unterstützen und im Rahmen der kommunalen Entscheidungsspielräume befördern.

- Eine Tourismusabgabe nach dem kommunalen Abgabengesetz zur Finanzierung von Marketingaufgaben wollen wir prüfen.

Neue Akzente der Wirtschaftspolitik

Neben der Förderung der klassischen Wirtschaftscluster setzen wir mit der Unterstützung urbaner, ökologisch orientierter Unternehmen sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft zusätzliche Akzente. In den letzten fünf Jahren ist es beispielsweise gelungen, mit Alnatura ein Leitunternehmen der Bio-Lebensmittelbranche mit einem umfassenden Campus-Konzept einschließlich Kindergarten und Schulungsgärten für Darmstadt zu interessieren. Dies stärkt den Standort nicht nur, es trägt auch zur weiteren Profilierung in einem absoluten Zukunftssektor bei.

Begleitend hat sich Darmstadt selbst mit vielfältigen Aktionen als Fairtrade-Stadt und als Gründungsmitglied des Netzwerks Deutscher Bio-Städte positioniert. Diesen Weg wollen wir weitergehen, nicht zuletzt da er im weiten Bogen von der Wirtschaftspolitik über bürgerschaftliches Engagement bis hin zum integrativen, biodynamisch geführten Lern- und Lebensort am Hofgut Oberfeld die Stadtgesellschaft weithin integriert.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft wiederum ist seit Gründung der Künstlerkolonie auf der Mathildenhöhe, für die wir den Welterbestatus anstreben, insbesondere in den Bereichen Design und Architektur, zunehmend aber auch Kommunikation und Werbung, in Darmstadt stark vertreten. Wir setzen uns auch in Zukunft für die Ansiedlung von Unternehmen dieser Bereiche ein, um die Standortfaktoren Design und Architektur weiter zu stärken und zu profilieren.

Übergreifend ist es unser Ziel, die Gründung neuer, innovativer Unternehmen in Darmstadt verstärkt zu unterstützen. Innovation und kreativer Geist müssen aus dem universitären Umfeld in das Wirtschaftsleben überführt werden. Wir begrüßen deshalb Projekte wie "Highest" zur Gründungsförderung an der TU sehr und sehen die IHK als einen der bevorzugten Akteure für Kooperationen an.

- In einem schlagkräftigen Partnerverbund wollen wir die Gründerszene beleben und an einem geeigneten Ort die Initiative der IHK für ein neues Technologie- und Gründerzentrum unterstützen. Aufmerksamkeit verdienen außerdem junge Initiativen wie das FabLab oder Makerspaces, die ebenso kreative Hotspots sind.

Unsere Position zu TTIP, CETA und TISA

Wir setzen uns in den Gremien der kommunalen Spitzenverbände sowie auf anderen Ebenen dafür ein, dass bei den derzeit geführten Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) die Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards sowie der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge Beachtung finden. Das Subsidiaritätsprinzip und die Erhaltung der Gestaltungshoheit

der Kommunen bei der Daseinsvorsorge sind für uns von großer Bedeutung. Wir setzen uns dafür ein, dass die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, vom derzeit mit den USA verhandelten Freihandelsankommen und allen weiteren Handelsabkommen explizit ausgeschlossen werden. Wir sind im Einklang mit dem Deutschen Städtetag der Auffassung, dass die EU-Kommission über den Verhandlungsprozess regelmäßig zu berichten hat. Die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit müssen auch in Streitfällen gelten.

Regional und International

Darmstadt ist die einzige Stadt in der Metropolregion FrankfurtRheinMain, die sich wirtschaftspolitisch im Leitbild Wissenschaftsstadt ein klares Profil gibt. Unsere Stadt ist das Hightech-Zentrum der Metropolregion. Dieses Alleinstellungsmerkmal werden wir in der regionalen Zusammenarbeit weiter erfolgreich einsetzen und außerdem unsere Funktion als Brückenkopf in der Doppelregion Rhein-Main-Rhein-Neckar im Blick behalten.

Die Internationalität und Weltoffenheit, die Darmstadt als Standort multinationaler Einrichtungen und global agierender Unternehmen positiv ausmacht, werden wir weiter aufgreifen. Dies gilt insbesondere für die Stärkung der Willkommenskultur und die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung, aber auch für die Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften über den europäischen Tellerrand hinaus unter Einbeziehung von Bürgerschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Explizit seien hier die vielversprechenden Kontakte in die USA genannt, die wir alsbald ausbauen werden. Beispielsweise wollen wir gemeinsam mit der Bürgerschaft eine neue Städtepartnerschaft mit der texanischen Metropole San Antonio begründen und die Kooperationen mit Milwaukee intensivieren.

- Alle Bürger-Dienste und Informationen, die über das Internet verfügbar sind, müssen mehrsprachig sein. Formulare darf es nicht nur in deutscher Sprache geben. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Darmstadt werden ausgebildet, um Beratungsgespräche auch auf Englisch führen zu können.

Einzelhandel stärken, wohnstandortnahe Versorgung sichern

Darmstadt ist mit seiner Strategie der aktiven Steuerung des Einzelhandels überregional ein Best-Practice-Beispiel. Wir werden am bestehenden Einzelhandels- und Zentrenkonzept nicht nur festhalten, sondern ergänzend und zur Bestätigung ein Nahversorgungskonzept in die Gremien einbringen, das auf die Bedingungen einer wachsenden Stadt reagiert.

Wir werden in den Stadtteilen und Quartieren weiter auf eine möglichst wohnstandortnahe Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Produkten des täglichen Bedarfs setzen. Dies ist keineswegs nur ein Element einer bedarfsgerechten

Wirtschaftspolitik. Es ist zugleich auch Stadtentwicklungsstrategie, weil Quartierszentren nicht nur dem Einkauf dienen, sondern auch soziale Treffpunkte sind und den Zusammenhalt ebenso wie die Identität des Stadtteils fördern. Außerdem erfüllen sie eine ökologische Funktion, weil sie helfen, Emissionen durch Einkaufsfahrten mit dem Pkw zu mindern.

Bisher konnte die Darmstädter City der Herausforderung durch den wachsenden Online-Handel und die Einkaufszentren auf der "grünen Wiese" souverän entgegentreten.

- Wir werden die stringente Einzelhandelspolitik weiterentwickeln, im Citymarketing weiter intensiv mit den Einzelhändlerinnen und -händlern zusammenarbeiten und das Pfund einer kompakten, sehr geschlossenen Baustruktur in der City nicht aus der Hand geben.
- Verbessern wollen wir die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Anknüpfungspunkte dafür sind beispielsweise der Umbau und die Aufwertung des Friedens- und des Luisenplatzes. Zur kulturellen Vielfalt im Kern der Stadt tragen wir unter anderem durch die Centralstation und das Staatstheater bei.
- Die Stadteingänge sollen gestalterisch aufgewertet werden.
- Wir befürworten die Ansiedlung einer IKEA-Filiale an regionalplanerisch vernünftiger und verkehrlich vertretbarer Stelle im Oberzentrum Darmstadt. Für ein solches Projekt werden wir uns in der Regionalversammlung Südhessen einsetzen.

3. Soziale Verantwortung, solidarisches Handeln, Bildung von Anfang an

Wir werden – wie in den beiden Legislaturperioden zuvor – der Sozial-, Integrations- und Bildungspolitik einen zentralen Stellenwert in unserem politischen Handeln einräumen. Die kontinuierliche Weiterentwicklung Darmstadts zu einer sozialen, solidarischen und inklusiven Stadt ist der Schwerpunkt des kommunalen Handelns. Bildung, Betreuung und Teilhabe, eine innovative Sozial- und Jugendpolitik, eine moderne Familien- und Gleichstellungspolitik sowie der Zugang zu Bildung sind Grundpfeiler, um Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit für alle Menschen in Darmstadt sicherzustellen.

Die Prämissen Sozialraumorientierung, Prävention und Partizipation – also die Orientierung der sozial- und jugendpolitischen Maßnahmen an den Lebenswelten, Lebenslagen und Lebensräumen der Menschen – sind für unsere Arbeit nach wie vor bindend.

Auch weiterhin garantieren wir die finanzielle Absicherung der vielfältigen Trägerlandschaft in der Sozialpolitik. Die Kooperationen und die verantwortungsbewusste Zusammenarbeit in den unterschiedlichsten Bereichen zwischen freien Trägern, Vereinen, Verbänden der Wohlfahrtspflege usw. einerseits, der Bürgerschaft sowie Politik und Verwaltung andererseits sind eine wertvolle und stabile Basis für die Bewältigung der sozialpolitischen Herausforderungen und Garantien für eine soziale und solidarische Stadtgesellschaft.

Bedarfsgerechte Sozialpolitik braucht verschiedene Komponenten. Planerische Analysen, Controlling, abgestimmte Projekte und Maßnahmen, eine verlässliche Basisinfrastruktur sowie angemessene Bürgerbeteiligung sind Feststellungskompetenzen für Bedarfe und Weiterentwicklung und garantieren einen adäquaten Mitteleinsatz.

Durch die Schaffung der Koordinierungsstelle von Projekten und Planungsprozessen im Sozialdezernat werden alle relevanten Planungen im Sozial-, Jugend- und Altenhilfebereich zusammengeführt und mit Projekt- sowie anderen Koordinationsstellen verknüpft. Dadurch entsteht, ohne Personalmehrung, eine Stabsstelle, die Planungsprozesse vorantreibt und Projekte beteiligungsorientiert umsetzen kann.

Inklusives Darmstadt

Wir werden die eingeleiteten Schritte zur Entwicklung Darmstadts zu einer inklusiven Stadt verstärkt fortführen und die Maßnahmen ausbauen.

- Wir arbeiten an einer verbindlichen Umsetzung und Fortschreibung des ersten Aktionsplanes entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention und den

darin dargestellten Projekten und Rahmenbedingungen. Damit verbunden ist die Weiterentwicklung Darmstadts zu einer inklusiven Stadt in allen Bereichen: Bildung, Erwerbsarbeit, Freizeit, Sport und Kultur, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit der Umsetzung des Aktionsplanes wird Inklusion als Querschnittsthema implementiert.

- Die Kooperation mit Trägern der Behindertenhilfe verstärken wir in konkreten Projekten, wie dem „Inklusiven Martinsviertel“, der überwiegend vom Land geförderten Modellregion „Barrierefreie Gesundheitsversorgung“ oder auch durch Aktionen und Maßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplanes.
- Die Weiterführung der Projektgruppe zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung bzw. der am Aktionsplan orientierten Arbeitsgruppen bedeutet die Systematisierung der Beteiligung und Mitsprache von Menschen mit Behinderung und deren Lobbyvertretungen.
- Durch die Einbindung der Koordinationsstelle „Inklusive Projekte“ und der Projektleitung „Modellregion Barrierefreie Gesundheitsversorgung“ in eine dezernatsübergreifende Arbeitseinheit wird das Thema Inklusion dezidiert und im Querschnitt gestärkt. Planungs- und Projektprozesse werden zusammengeführt.
- Die Arbeit des städtischen Eigenbetriebes Darmstädter Werkstätten und Wohneinrichtungen wird in Kooperation und in Vernetzung mit anderen Anbietern innerhalb der Behindertenhilfe fortgesetzt.
- Die Dezentralisierung der Wohneinrichtung „Kurt-Jahn-Anlage“ wird in den nächsten Jahren kontinuierlich umgesetzt, um so dem Anspruch inklusiven Wohnens und Lebens sowie den Anforderungen des Landeswohlfahrtsverbandes gerecht zu werden.

Teilhabe-gerechtigkeit und soziales Darmstadt

Gemeinwesenarbeit und Soziale-Stadt-Projekte sind Kernelemente unserer emanzipatorischen Sozialpolitik und Beteiligungsstrategie. Dabei geht es um die Unterstützung von Menschen zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten, zur Weiterentwicklung struktureller Rahmenbedingungen und sozialer Infrastruktur sowie um ein vernetztes und abgestimmtes Handeln von Politik, Verwaltung, den Trägern der Wohlfahrtspflege sowie den Vereinen. Im Sinne einer ausgewogenen, passgenauen und fein abgestimmten Sozialpolitik müssen Aufgaben fortgeschrieben und angepasst werden. Neue Quartiere wollen wir durch Gemeinwesenarbeit in ihrer Entwicklung unterstützen. Quartiere mit Entwicklungsbedarf werden wir durch Gemeinwesenarbeit weiterhin stützen und stabilisieren.

- Wir werden die Gemeinwesenarbeit als Instrument gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie als Instrument der politischen Bildung und

Bürgerbeteiligung bei den beauftragten Trägern personell und institutionell stärken. Wir wollen Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf stützen und stabilisieren. Wir sehen eine Aufgabe darin, Solidarität und Gemeinschaft zu stärken und Segregation zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Wir werden Quartiersinfrastrukturen analysieren und – unterstützt durch Partizipationsprozesse – anpassen und ausbauen.

- Soziale-Stadt-Gebiete werden wir nachhaltig sichern und im Pallaswiesen-/Mornwegviertel neu auflegen. Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb wollen wir die Teilhabecard im soziokulturellen Bereich für alle Altersgruppen kontinuierlich ausweiten. Mobilität ist ein wesentlicher Faktor von Teilhabe. Das Wiener Modell (Jahreskarte für 365 Euro) wird geprüft, d.h. eine Machbarkeitsstudie zu finanziellen Auswirkungen (u.a. für HEAG mobilo), zu den Konsequenzen aus steigenden Fahrgastzahlen sowie eine Bewertung zur Umsetzbarkeit unter dem rechtlichen Rahmen DADINA/RMV wird erstellt. Alternativ soll die Möglichkeit eines Sozialtickets (für Personen mit Teilhabekarte) sowie eines Kurzstreckentickets untersucht und eingeführt werden.
- Wir werden auch weiterhin die umfassende Unterstützung von Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen, z.B. durch Wohnungssicherung, Obdachlosenunterbringung, Schuldnerberatung, Unterstützung durch den städtischen Sozialdienst oder andere Beratungsangebote sicherstellen.

Kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Eigenständige Existenzsicherung und Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt sind zentrale Aspekte einer sozialen Sicherung.

- Wir wollen arbeitslose oder in prekärer Beschäftigung tätige Menschen durch kommunale Förderprojekte in Kooperation mit örtlichen Bildungsträgern bei der Integration in den ersten Arbeitsmarkt unterstützen. Die kommunalen Förderprojekte sollen mit dem Arbeitsmarktbudget sowie dem Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget des Landes Hessen verzahnt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei auf dem Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Zielgruppen. Dabei nehmen wir auch die Beschäftigung von geflüchteten Menschen in den Fokus, um den Arbeitsmarktzugang dieser Zielgruppe zu fördern. Zusätzlich zur Verfügung stehende Mittel aus dem Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget des Landes werden für Beschäftigungsprojekte für geflüchtete Menschen eingesetzt und führen zu selbstbestimmter Arbeit.
- Wir werden uns auch weiterhin in der gemeinsamen Einrichtung im Jobcenter dafür einsetzen, Förderinstrumente für SGBII-Berechtigte so zu gestalten und mit kommunalen Angeboten zu verschränken, dass nachhaltige Integrations-effekte durch Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse erreicht werden.
- Wir wollen durch die Förderung von Projekten gegen Jugendarbeitslosigkeit in

der Jugendberufsagentur und mit örtlichen Bildungsträgern junge Menschen in ihrer Berufswahl, ihrer Ausbildung und ihren beruflichen Perspektiven unterstützen und stärken. Es gilt, Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden. Projekte wie „Jugend stärken im Quartier“ richten sich an besonders benachteiligte junge Menschen, die durch gezielte Ansprache an die Bildungssysteme herangeführt werden.

- Durch konkrete Förderprojekte und Vernetzungsstrukturen mit Unternehmen werden wir geflüchtete Menschen bei der Aufnahme einer Ausbildung bzw. Erwerbsarbeit unterstützen.

Politik mit und für Seniorinnen und Senioren

In Darmstadt leben immer mehr Menschen mit einem Alter über 65 Jahre. Die Lebensumstände und Lebensbedingungen sind sehr unterschiedlich. Dem entsprechend bedarf es einer differenzierten Betrachtung der Angebots- und Entwicklungsstruktur. Um die Anforderungen bedarfsgerecht umsetzen zu können, steht die Beteiligung älterer Menschen im Fokus unserer Politik.

- Die Interessenvertretung älterer Menschen in Darmstadt hat die Arbeit aufgenommen. Wir unterstützen dieses Beteiligungsgremium und setzen uns aktiv mit den Vorschlägen und Anregungen der älteren Menschen auseinander. Die Arbeit der Interessenvertretung wird die kommunale Sozialpolitik für und mit älteren Menschen begleiten und beeinflussen.
- Wir wollen in den Stadtteilen die Runden Tische bzw. die Kooperationen der Runden Tische mit den Stadtteilforen ausbauen und jeweils einen besonderen Fokus auf die Anliegen der älteren Bevölkerung richten.
- Wir werden die stadtteilbezogene Versorgungssicherheit im Alter und bei Pflege unterstützen und dies modellhaft am Beispiel des Vereins „Hiergeblieben“ in Kranichstein umsetzen. Bei allen Projekten wird die sozialraumbezogene Relevanz beachtet.
- Den Sozialplan für die Bedarfe Älterer setzen wir um und entwickeln die daraus resultierenden Angebote, Maßnahmen und Projekte bedarfsorientiert weiter, dabei spielen Themen wie demenzielle Erkrankung oder gerontopsychiatrische Angebote eine wichtige Rolle. Für den Übergang von stationärer Behandlung in ambulante Versorgung wollen wir projekthaft Strukturen entwickeln, die den Menschen eine umfassende nachhaltige Unterstützung garantieren.
- Wir fördern den Erhalt der Selbstbestimmung im Alter in jeder Lebenssituation, z.B. auch bei nachlassender Gesundheit und Pflegebedürftigkeit.

Gesundes Darmstadt

Prävention, Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge sind zentrale Bausteine der Daseinsfürsorge. Für die gesundheitliche Versorgung möglichst aller Menschen in Darmstadt wollen wir neben einer umfassenden stationären Struktur auch ambulante Angebote vorhalten und stärken.

- Die Entwicklung der Klinikum Darmstadt GmbH zu einem medizinisch und wirtschaftlich gut aufgestellten, südhessischen Gesundheitskonzern ist auf einem guten Weg. Eine Defizitabdeckung durch den städtischen Haushalt ist künftig nicht mehr notwendig. Wir wollen die Marktposition des Klinikums weiter stärken, dabei verfolgen wir Projekte und dauerhafte Kooperationen mit Partnern in der Gesundheitsversorgung, z.B. mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.
- Zur Stärkung des Hebammenberufes und zur Personalgewinnung prüfen wir den Aufbau einer Hebammenschule unter Federführung des Klinikums Darmstadt und des Marienhospitals. Wir arbeiten weiterhin am Runden Tisch mit, um die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Hebammen so weit wie möglich zu unterstützen.
- Wir streben eine inklusive Gesundheitsversorgung in Darmstadt an. Mit dem Projekt der Modellregion „Barrierefreie Gesundheitsversorgung“ wollen wir exemplarisch zeigen, dass dies möglich ist. Die daraus resultierenden Erkenntnisse sollen in allen Stadtteilen umgesetzt werden.
- Wir wollen eine psychosoziale Beratungsstelle von und für Migrantinnen und Migranten etablieren. Die notwendigen Rahmenbedingungen für die Vergabe einer Trägerschaft werden geprüft.
- Die zentrale Koordinationsaufgabe für die Gesundheitsversorgung/Prävention und Vermittlung von psychosozialer Betreuung bei Traumabewältigung von geflüchteten Menschen sowie die Abstimmung von Projekten und Maßnahmen in diesem Zusammenhang werden wir beim Gesundheitsamt Darmstadt und Darmstadt-Dieburg verankern.

Verbraucherschutz

Der Verbraucherschutz hat vor Ort einen hohen Stellenwert. Er soll die Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher insbesondere vor Gesundheitsgefahren schützen. Hierfür ist zum einen Informations- und Aufklärungsarbeit wichtig, zum anderen eine gezielte Überwachung aller Betriebe, in denen Lebensmittel hergestellt, verarbeitet und angeboten werden. Beides ist daher auch in Zukunft sicherzustellen.

- Wir werden einen Schwerpunkt auf die Bewusstseinsbildung für gesunde nachhaltige Lebensmittelerzeugung und Ernährung legen. Dazu werden wir mit den entsprechenden Institutionen gemeinsame Aktivitäten entwickeln, insbesondere mit Blick auf die Ernährungserziehung in Kinderbetreuungs-

einrichtungen und Schulen.

- Dabei spielen der Wochenmarkt, die dezentralen Stadtteilmärkte, der jährliche Bauernmarkt als Angebote regionaler und saisonaler Einkaufsmöglichkeiten eine wichtige Rolle.
- Ebenso werden wir offensiv mit der Taskforce Lebensmittelsicherheit des Regierungspräsidiums (z.B. Sicherheit bei Kühlung, Transport, Rückverfolgbarkeit der Ware) und Vollzugsorganen zusammenarbeiten.

Queeres Darmstadt

Lesben, Schwule, Bi, Trans*, Inter* und queere Menschen leben, arbeiten und wirken in unserer Stadt. Diese Vielfalt an unterschiedlichen Menschen empfinden wir als Bereicherung. Noch immer ist es notwendig, politisch Position zu beziehen und deutlich zu machen, dass alle Lebensentwürfe eine Berechtigung darstellen und einen Platz in unserer Gesellschaft haben.

- Wir unterstützen die Einrichtung eines queeren Zentrums als Ort der Begegnung und der Selbstbestimmung für LGBT*IQ-Menschen.
- Der Verein „Vielbunt“ leistet wichtige ehrenamtliche und professionelle Arbeit in der Beratung, Begleitung und Unterstützung junger Menschen bei der Bearbeitung ihrer sexuellen Orientierung und ihres Coming-outs. Diese Arbeit wollen wir künftig mit einem Zuschuss im Rahmen der Jugendhilfe unterstützen. Wir werden auch weiterhin Aktionen wie den Christopher Street Day oder andere öffentliche Veranstaltungen unterstützen. Damit setzen wir ein deutliches Zeichen gegen jede Form der Diskriminierung und für das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Einen Ort des Gedenkens im Rahmen der Aufarbeitung der Verfolgung durch das NS-Regime und den Paragraphen 175 wollen wir gestalten.
- Durch Fortbildungen innerhalb der Verwaltung werden wir die Sensibilisierungsarbeit weiter voranbringen.

Darmstadt für und mit jungen Menschen

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Stadt und mit ihnen sowie für sie wollen wir die besten Entwicklungs- und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Die Kinder- und Jugendarbeit in Darmstadt ist fester Bestandteil der jugendpolitischen Infrastruktur, die wir in ihrer Trägervielfalt stärken. Ob Schulsozialarbeit, Jugendberufshilfe, Freizeitgestaltung, offene Kinder- und Jugendarbeit, politische Bildung – funktionierende beteiligungsorientierte Kinder- und Jugendarbeit eröffnet umfassende Chancen für alle jungen Menschen. Diese werden wir weiter ausbauen und Teilhabe ermöglichen.

- In diesem Sinne werden wir das Rahmenkonzept für unsere Kinder- und Jugendarbeit umsetzen und einen bedarfsgerechten Ressourceneinsatz zur

Förderung der Kinder und Jugendlichen im Sinne des Sozialgesetzbuches VIII voranbringen.

- Wir werden neue Anforderungen an eine zeitgemäße Kinder- und Jugendarbeit umsetzen, wie beispielsweise die Schaffung eines Kinder- und Jugendmedien-Kompetenzzentrums (begleitend zur weiteren Umsetzung des Mediendiploms), die Sensibilisierung für die Zielgruppe LGBT*IQ-Menschen und deren Unterstützung, die Festlegung von Schwerpunktaufgaben in kommunalen Jugendhäusern, wie z.B. Sport, Bewegung/Ernährung, Medien oder den systematischen Ausbau von aufsuchender Jugendsozialarbeit.
- Es werden Querschnittsthemen wie Gender/Transgender, Interkulturelle Öffnung, Inklusion und die Vermittlung demokratischer Werte in die Kinder- und Jugendarbeit als Prinzip aufgenommen.
- Wir werden die Partizipationsmöglichkeiten in der Jugendarbeit stärken und ausbauen. Die Konzepte dazu werden mit den jungen Leuten gemeinsam erarbeitet.
- Die Stärkung politischer Bildung und Beteiligung wird u.a. durch die Expansion der Arbeit des Jugendbildungswerkes unterstützt. Die Angebote der Jugendberufshilfe und der Schulsozialarbeit sind fester Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit. Hier gilt es, neue Konzepte und Projekte aufzulegen, die fachlich initiiert und politisch begleitet werden, z.B. Förderprojekte wie „Quabb“ oder „Jugend stärken im Quartier“.
- Wir nehmen Jugendliche in ihren kulturellen Ausdrucksformen ernst. Durch die Schaffung von legalen Graffiti-Wänden geben wir ihnen die Möglichkeit, ihre Interessen auszuleben und sich dabei nicht in die Illegalität zu begeben.
- Geflüchteten jungen Menschen werden wir die notwendige Unterstützung im Rahmen der Jugendhilfe geben, damit sie sich in unserer Stadt in allen Bereichen integrieren können und sich willkommen fühlen.

Familien willkommen

Die Attraktivität Darmstadts für Familien werden wir weiter ausbauen. Dazu gehört neben einer flächendeckenden qualitativen Kinderbetreuung auch der Lebens- und Aufenthaltsraum für Familien. Durch die Teilhabecard, die auch Familien den Zugang zu zahlreichen kulturellen, sozialen und sportlichen Angeboten in Darmstadt bietet, ist Teilhabe nicht vom Einkommen abhängig.

- Im Bündnis für Familie werden die Belange von, für und mit Familien erörtert und familienrelevante Themenstellungen, wie z. B. Armut oder Alleinerziehung vorangebracht. Dieses Bündnis wollen wir weiter stärken.
- Das städtische Familienzentrum leistet wertvolle und wichtige Unterstützung für Familien, indem es (werdende) Eltern berät und begleitet. Dieses Angebot

werden wir nachhaltig sichern und durch den Aufbau zusätzlicher, an Kindertagesstätten angedockter Familienzentren stärken.

- Das Projekt „Kinder schützen – Familien fördern“ hat sich überaus bewährt und wird fortgesetzt.
- Die Unterstützung im Rahmen der „Frühen Hilfen“ werden wir sichern und weiterführen.
- Das Internetportal www.familien-willkommen.de wird fortgesetzt und weiterentwickelt.

Kinderbetreuung

In der vergangenen Legislaturperiode wurde durch den 5-Millionen-Euro-Sofortfonds und die enorme Aufstockung der laufenden Mittel für Kinderbetreuung ein umfassendes qualitatives und quantitatives Ausbauprogramm in der U3-Betreuung und im Kindergartenbereich auf den Weg gebracht. Die gute Kooperation mit den freien Trägern ist hier besonders zu betonen. Auch bei der Schulkindebetreuung wurden quantitative und qualitative Weichen gestellt und das Angebot an Betreuungsplätzen ausgebaut. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie braucht qualitätsvolle Kinderbetreuung. Für die Kinder bedeutet eine gute Kinderbetreuung Förderung und Chancengerechtigkeit von Anfang an. Bildung, Erziehung und Betreuung werden auch weiterhin Schwerpunkte der Darmstädter Sozialpolitik sein.

- Die U3- und Kindergartenbetreuung werden wir weiterhin bedarfsorientiert ausbauen. Der Kinderbetreuungsversorgungsbericht liefert dabei die notwendigen Analysen, um sozialraumbezogene Angebotsstrukturen zu entwickeln. Wir setzen weiterhin auf die Vielfalt der Angebote durch unterschiedliche Träger. Eine mehrsprachige Kita wollen wir auf den Weg bringen. Der Tageskindebetreuung werden wir auch weiterhin einen gleichberechtigten Stellenwert einräumen.
- Die Qualität der Betreuung werden wir auf hohem Niveau halten. Wir streben an, die Elternentgelte auf dem derzeitig niedrigen Niveau zu sichern und die Qualitätsstandards umfassend umzusetzen.
- Wir werden mit den Trägern der Kinderbetreuung konzeptionell über die Flexibilisierung der Betreuungszeiten in Randzeiten sprechen und entsprechende Modelle prüfen.
- Das Kindertagesstättenanierungsprogramm wird umgesetzt und fortgeschrieben.
- Perspektivisch wollen wir die Übergänge von der U3- über die Kindergarten- bis zur Schulkindebetreuung lückenlos gestalten. Deshalb werden wir eine Schwerpunkt-Offensive „Schulkindebetreuung“ initiieren und mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten. Ziel ist es, auch bei der

Schulkindbetreuung eine Bedarfsdeckung von 100 % in dieser Legislaturperiode zu erreichen.

Bildung von Anfang an

Gute Bildung fördert die individuelle Entwicklung, sichert Beschäftigung und eigenständige Existenzsicherung, begünstigt Stadt- und Kulturentwicklung und ist Garant für wirtschaftliche Standortsicherung. Sie ist um so wirkungsvoller, je mehr sie die unterschiedlichen Anforderungen und Kompetenzen der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen der Wissensgesellschaft, des demographischen Wandels, des Rechtsanspruchs auf Inklusion und der Internationalisierung muss sich das Bildungssystem an den Biographien der Menschen orientieren. Insofern wollen wir Strukturen ermöglichen, die allen Menschen die Teilhabe an Bildung und individuell ausgerichteter Förderung – für Begabte wie Benachteiligte – eröffnen.

Die Koalition bekennt sich zur Schulvielfalt in Darmstadt. Wir wollen dem Elternwillen nach einem vielfältigen und individuellen Schulsystem Rechnung tragen. Angesichts der wachsenden SchülerInnenzahlen streben wir ein breites Angebot an weiterführenden Schulen an, das den Eltern eine möglichst große Wahlfreiheit zwischen den einzelnen Schulformen ermöglicht.

Mit der Etablierung der Bildungsregion Darmstadt und Darmstadt-Dieburg wurden die Weichen für ein umfassendes und überregionales Bildungsverständnis gestellt, das formale, non-formale und informelle Bildung im Sinne lebenslangen Lernens für alle zugänglich machen soll. Orte von Bildung sind vielfältig. Ein vernetztes Handeln und chancengleiche Teilhabe an Bildung sind deshalb zentrale Aufgaben in der kommunalen Bildungspolitik.

- Die Kooperation in der Bildungsregion mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg setzen wir fort und bauen die Maßnahmen und Aktivitäten im Bildungsbeirat und durch die Bildungskonferenzen aus. Die Bildungsbüros werden nachhaltig gesichert. Die Analysen aus dem Bildungsmonitoring werden in die kommunale Sozial- und Bildungspolitik einfließen.
- Wir werden ein umfassendes kommunales Bildungskonzept aufstellen und die Verzahnung sowie Vernetzung der unterschiedlichen Bildungsangebote/ Aufgaben konzeptionell voranbringen.
- Wir werden die Schulträgeraufgaben verstärkt mit den Aufgaben der Jugendhilfe verknüpfen, um Schülerinnen und Schüler ihren Bedarfen entsprechend ganzheitlich zu fördern und die aktuell noch separaten Strukturen interdisziplinär zu verbinden. Beispielsweise sollen die im „Pakt für den Nachmittag“ entstandenen Kooperationen evaluiert, fortgesetzt und ggfs. modifiziert weiterentwickelt werden. Dazu wollen wir ein Konzept zur Harmonisierung von Schulbetreuung und Hort erarbeiten.
- Die Grundschulen werden wir hinsichtlich des "Pakts für den Nachmittag" bei der Bedarfserhebung und Antragstellung beim Land unterstützen. Das Gleiche

gilt für die weiterführenden Schulen bei der Weiterentwicklung von Profil 1 zu Profil 2. Anträge von Schulen auf Profil 3 befürworten wir unter Wahrung der Wahlmöglichkeit in derselben Schulform.

- Wir werden eine Schwerpunkt-Offensive „Schulkindbetreuung“ initiieren und mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten. Ziel ist es, auch bei der Schulkindbetreuung eine Bedarfsdeckung von 100 % in dieser Legislaturperiode zu erreichen.
- Den Bestand einer flächendeckenden Schulsozialarbeit wollen wir absichern und wo nötig ausbauen.
- Wir wollen die ganztägigen Angebote an Schulen zügig und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Auch in diesem Bereich setzen wir auf den Erhalt von Wahlfreiheit. Wir streben die Einführung der gebundenen, rhythmisierten Ganztagschulen an und entwickeln die dafür notwendigen räumlichen Rahmenbedingungen sukzessive.
- Wir befürworten ausdrücklich die Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen bei der Ganztagsarbeit.
- Das Schulbausanierungsprogramm und die notwendigen Schulneubauten werden wir in den kommenden Jahren voranbringen. Wir begreifen Schule als Lern- und Lebensort und wollen die besten Voraussetzungen dafür herstellen. Dabei haben wir alle Schulen in Darmstadt im Blick. Bereits benannt sind exemplarisch folgende Projekte: Sanierung und Neubau Berufsschulzentrum Nord, Sanierung Berufsschulzentrum Mitte, Verlagerung des Standortes und Neubau Heinrich-Hoffmann-Schule, Neubau der Grundschule in der Lincoln-Siedlung, Neubau/Sanierung Erich-Kästner-Schule (Grundschule), Sanierung Justus-Liebig-Schule, Berthold-Brecht-Schule und Christoph-Graupner-Schule.
- Bei der Schulbausanierung sollen folgende Kriterien Beachtung finden: Die Schulbauten sollen die Voraussetzung für Inklusion erfüllen. Im Sinne der "Gesundheitsfördernden Schule" müssen ausreichend Räume für Sport und Bewegung zur Verfügung stehen. Es bedarf der Räumlichkeiten für kreativ-musisches Arbeiten sowie der Differenzierungsräume. Die Schulhöfe sollen partizipativ zu offenen und kommunikativen Stadtteilplätzen mit hoher Aufenthaltsqualität entwickelt werden.
- Die Schulen sollen flächendeckend mit Mensen ausgestattet werden. Im Sinne des Themas "Schule und Gesundheit" muss bei der Vergabe an regionale Dienstleisterinnen und Dienstleister darauf geachtet werden, dass ein gesundes, kostengünstiges Angebot an Nahrungsmitteln angeboten wird.
- Die für 2017 anstehende Schulentwicklungsplanung werden wir partizipativ und unter Beachtung unterschiedlicher Schulprofile sowie aktueller Bildungsanforderungen wie Inklusion, Intensivunterricht, Ganztagschule/"Pakt für den Nachmittag“, Kooperationen mit Jugendhilfe (Schulsozialarbeit) u.v.m. auf den Weg bringen. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sollen

dabei besonders berücksichtigt werden.

- Die Berufsschulentwicklungsplanung werden wir unter Beteiligung der benachbarten Landkreise auf den Weg bringen. In einem ersten Schritt soll eine Koordinierung mit den Landkreisen erreicht werden, um perspektivisch einen Berufsschulentwicklungsplan für Südhessen zu entwickeln. Die ErzieherInnen-Ausbildung wird mit der Alice-Eleonoren-Schule in Darmstadt bleiben.
- Die Förderung von IT an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität, der Stadtwirtschaft und Unternehmen voranbringen.
- Im Sinne des lebenslangen Lernens wollen wir die Arbeit des Hessencampus mit der der Volkshochschule und des Abendgymnasiums verknüpfen und ein Bildungsangebot für alle erreichen.
- Die Volkshochschule wird in den nächsten Jahren – gemeinsam mit der einzurichtenden Stelle der "Bildungskoordination Flüchtlinge" – verantwortlich sein für Sprachkurse und Alphabetisierung, um die Integration durch Sprachvermittlung zu stärken und die westlichen Werte zu vermitteln.
- Laut Hochrechnung sind in Darmstadt rund 10.000 Menschen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren von Funktionalem Analphabetismus betroffen, d.h., trotz Schulbildung verfügen sie über unzureichende Lese- und Schriftkompetenzen. Wir werden auch weiterhin Projekte zur Alphabetisierung und Grundbildung dieser Menschen fördern und unterstützen.
- Das Lernen an außerschulischen Lernorten werden wir unterstützen und fördern, z.B. durch Projekte wie das Umwelt- oder das Mediendiplom, aber auch durch Initiativen für Seniorinnen und Senioren und mit Jugendbildungseinrichtungen.
- Wir achten darauf, dass mögliches Sponsoring an Schulen im Einklang mit dem Erziehungsauftrag steht. Insofern muss Sponsoring begrenzt bleiben, um inhaltliche Unabhängigkeit zu gewährleisten.

4. Gleiche Rechte, mehr Chancen – bessere Perspektiven für Frauen

Frauen- und Gleichstellungspolitik wird auch weiterhin als eigenständiges Politikfeld definiert und die Querschnittsfunktion des Frauenbüros innerhalb und außerhalb der Verwaltung gestärkt.

- Wir werden in den kommenden Jahren die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene umsetzen und entsprechende Maßnahmen und Projekte ableiten. Besonderer Fokus liegt dabei auf der Themenstellung „Frauen und Erwerbsarbeit“. In einem interaktiven und partizipativen Prozess wird ein Gleichstellungsaktionsplan erarbeitet, der die Basis für künftige frauenpolitische Zielrichtungen sein wird.
- Die Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes auf kommunaler Ebene werden wir sowohl innerhalb der Verwaltung, beispielsweise durch die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen, als auch durch paritätische Gremienbesetzung garantieren.
- Wir stärken auch künftig die frauenpolitische Infrastruktur inhaltlich und finanziell.
- Die beteiligten Träger im Netzwerk „Gewaltschutz“ werden auch in Zukunft wichtige KooperationspartnerInnen bei der Sicherstellung von Anlauf-, Beratungs- und Unterstützungsstellen für von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen und Kinder sein. Ihre Arbeit sichern wir finanziell.
- Der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geben wir durch den weiterführenden Ausbau der Kinderbetreuung eine stabile Basis in diesem Bereich.
- Wir werden einen Fonds für Verhütungsmittel in Höhe von jährlich 10.000 Euro für einkommensschwache Frauen einrichten.
- Geschlechtsspezifische Arbeit in der Kinder- und Jugendarbeit setzen wir als Querschnittsthema voraus und unterstützen die differenzierte Herangehensweise und Förderung von Mädchen und Jungen.
- Die geschlechtsspezifische Arbeit mit geflüchteten Frauen und Migrantinnen wird weiterhin als wichtiger Aspekt in der Gleichstellungsarbeit im Frauenbüro verankert.

5. Darmstadt interkulturell und international entwickeln

Darmstadt ist eine weltoffene und internationale Stadt. Die Vielfalt der Menschen prägt unsere Stadt und gibt ihr wirtschaftliche Dynamik, Attraktivität und ein besonderes Flair. Wir werden auch künftig die Anforderungen und Herausforderungen des Zusammenlebens unterschiedlicher Ethnien und Nationalitäten aktiv gestalten und zu einem friedlichen Miteinander beitragen.

- Wir werden die interkulturelle Öffnung der Regeleinrichtungen in allen Bereichen – Sport, Kinderbetreuung, Altenhilfe oder auch Verwaltung – kontinuierlich erweitern.
- Zentrales integrationspolitisches Ziel ist die Verbesserung des Zugangs von Menschen mit Migrationsgeschichte zu Bildung. Dafür werden wir Elternbildungsarbeit, frühkindliche Förderung, Spracherwerb, Präventionsprogramme oder Angebote wie „Hippy“ und andere Projekte ausbauen.
- Wir werden die Möglichkeiten von Drittmittel geförderten Projekten und Maßnahmen nutzen und ausbauen, z.B. das Hessische Landesprogramm „WIR“, um die Integrationsarbeit in Darmstadt zu stärken und auch modellhaft weiterzuentwickeln.
- Wir werden die Zusammenarbeit mit MigrantInnenselbstorganisationen verstärken und die demokratischen Vereine und Initiativen in ihrer Arbeit unterstützen.
- Wir werden künftig einmal jährlich eine festliche Veranstaltung für neu eingebürgerte Menschen organisieren.
- Wir werden unsere internationalen Beziehungen und Städtepartnerschaften fachlich und themenspezifisch intensivieren. Neue Kooperationen werden wir auf der Basis von wissenschaftlichen Expertisen und Wirksamkeit für die Stadtgesellschaft schließen. Beispielsweise wollen wir gemeinsam mit der Bürgerschaft eine neue Städtepartnerschaft mit der texanischen Metropole San Antonio begründen und die Kooperation mit Milwaukee intensivieren.
- Wir stellen uns den Herausforderungen, die international ausgerichtete Unternehmen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende an eine funktionierende Infrastruktur und an gute Rahmenbedingungen haben.
- Wir werden politischen Extremismus, rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen, homophoben oder religiös-extremistischen Ideologien scharf entgegen treten und durch Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit bekämpfen. Wir werden die „Orte der Erinnerung“ lebendig halten und die Aktion „Gesicht zeigen“ fortsetzen. Die Kampagne „Darmstadt bleibt weltoffen“ wird diese Aktivitäten verstärken.

- Wir werden die Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat als demokratisch gewähltes Gremium für die Interessen von Darmstädterinnen und Darmstädtern mit nicht-deutschem Pass konstruktiv fortsetzen und dabei insbesondere die Demokratieförderung einbringen.
- Wir werden in regelmäßigen Abständen ggfs. internationale Fachtage zu Themenstellungen der Integrationspolitik und deren Anforderungen ausrichten und so Diskussions- und Reflektionsforen für eine weltoffene, prosperierende und internationale Stadtgesellschaft anbieten.

6. Willkommenskultur und Integration gemeinsam schaffen

In Darmstadt leben seit Mitte 2015 viele Menschen, die vor Krieg und Terror aus ihrer Heimat geflohen sind. Die Darmstädterinnen und Darmstädter haben die geflüchteten Menschen vorbildlich aufgenommen und sie willkommen geheißen. Die Weltoffenheit und die Solidarität in unserer Stadt sind eine gute Basis für die Bewältigung der humanitären Notlage. Wichtigstes Ziel in den kommenden Jahren ist die Integration der Neubürgerinnen und Neubürger und die Gestaltung eines guten Miteinanders und Zusammenlebens.

- Für die konsequente Umsetzung der dezentralen Unterbringung werden wir Wohnraum mobilisieren, der auch geflüchteten Menschen zur Verfügung stehen wird. Bis dies ausreichend umgesetzt ist, werden wir die Wohn- und Lebensbedingungen der geflüchteten Menschen in den Erstwohnhäusern weiterhin bestmöglich gestalten.
- Wir werden die Rahmenbedingungen für gelingende Integration weiter ausbauen, z.B. Spracherwerb (Umsetzung und Weiterführung des Projektes „Sprache von Anfang an“), Kinderbetreuung, Bildung, Beschäftigungsprojekte/Ausbildung/Erwerbsarbeit, sozialpädagogische Beratungsangebote, Teilhabe im Sport (Unterstützung der Flüchtlingskoordination Sport beim Sportkreis 33), geschlechtsspezifische Themenstellungen, Gewaltschutzkonzept, Informationsveranstaltungen über Rechte, Pflichten, Regeln und das miteinander Leben für die Zielgruppe der Flüchtlinge sowie politische Bildungsarbeit für Einheimische usw..
- Wir werden auch weiterhin die ehrenamtliche Arbeit unterstützen und fördern, z.B. durch die Finanzierung des Freiwilligenzentrums, durch Schulungs- und Vernetzungsangebote und direkte Unterstützung bei Projekten vor Ort.
- Wir werden auch künftig durch Bürgerinformationsveranstaltungen und andere Informationsformen die Darmstädterinnen und Darmstädter über die Entwicklung und Maßnahmen im Bereich Asyl und Flucht informieren und die nötige Transparenz herstellen.
- Mittels der Kampagne „Darmstadt bleibt weltoffen“ als zentraler Baustein unserer Informationspolitik werden wir die Öffentlichkeitsarbeit und inhaltliche Bearbeitung der Themen „Migration“ und „Flucht“ sowohl für die Bevölkerung als auch für die geflüchteten Menschen intensivieren.
- Wir werden durch die beim Oberbürgermeister angesiedelte Flüchtlingskoordination alle koordinierenden und operativen Aufgaben in der Flüchtlingsarbeit vernetzen und verzahnen und die Arbeits- und Organisationsstruktur weiterhin transparent und zugänglich gestalten.
- Wir werden die Kooperation mit demokratisch ausgerichteten MigrantInnenselbstorganisationen zur Integration von Flüchtlingen stärken,

beispielsweise über Arbeitsintegrationsprojekte wie mit dem Deutsch-Syrischen Verein, Elternbildungsarbeit und andere Projekte.

- Wir werden den Runden Tisch „Ausbildung/Erwerbsarbeit und Asyl“ mit regionalen Unternehmen, Kammern, Verbänden sowie mit der Agentur für Arbeit weiterführen und durch direkte Maßnahmen und Vernetzung die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen fördern.

7. Darmstadt lebenswert gestalten und 10.000 Wohnungen bauen

Darmstadt wächst! Wir nutzen dieses Wachstum als Chance, unsere Stadt zu einem noch lebens- und lebenswerteren Standort zu entwickeln. Dabei muss die lokale, soziale, ökologische und technische Infrastruktur den neuen qualitativen und quantitativen Anforderungen gerecht werden. Wir werden Wachstum und die damit einhergehende Verdichtung systematisch denken und insbesondere durch einen strategischen Grunderwerb Baulandbeschaffung für den dringend benötigten Wohnungsbau vorantreiben. Dazu wird die Stadtentwicklungsgesellschaft DSE ihre Arbeit aufnehmen und zunächst schwerpunktmäßig den Erwerb der Cambrai-Fritsch- und Jefferson-Kaserne voranbringen. Unser Ziel ist es, 2016 zum Abschluss zu kommen. Die von der Stadt zur Bebauung weitergegebenen Grundstücke sollen für eine nachhaltige, urbane und sozial gerechte Mischung entwickelt werden. Dabei sollen energetische Standards bis hin zum Passivhaus, Barrierefreiheit, alternative Parkraumkonzepte zugunsten ökologischer Verkehrsmittel und eine lebenswerte Freiraumgestaltung für Jung und Alt zur Anwendung kommen. Der Passivhausstandard steht für nachhaltiges Bauen in modernster Form. Alle konstruktiven und baulichen Varianten, die dieses Ziel aufgreifen, verbessern oder durch alternative Konzepte fortschreiben, wollen wir fördern.

Im Zuge der Landesgartenschau (LGS) sollen konzeptionelle Strategien und Bausteine für eine Stadt der kurzen Wege, attraktive Grünvernetzung und ein lebenswertes Umfeld in den Quartieren entwickelt und umgesetzt werden. Gleichzeitig spinnt die LGS den roten Faden des Gründergedankens der Mathildenhöhe, über die Rosenhöhe bis ins Woogsviertel mit innovativen Ideen zu Städtebau und Klimaschutz weiter. Die von der Bürgerschaft initiierte Ostparkwegführung – von der Innenstadt durch verschiedene dicht bebaute Viertel bis in den die Stadt umgebenden Naturraum – ist dabei ein wichtiger Meilenstein und sichtbares Ergebnis gelebter Beteiligung. Der Ostbahnhof als gleichermaßen Stadteingang, Drehscheibe für eine nachhaltige Nahmobilität sowie als Auftakt zu Rosen- und Mathildenhöhe wird in einem ersten Schritt gestalterisch in Angriff genommen.

10.000 neue Wohnungen in unterschiedlichen Preissegmenten

Wir werden die Bedingungen für 10.000 neue Wohnungen schaffen, um dem vielfältigen Wachstum Darmstadts gerecht zu werden. Dafür werden wir Bauleitplanung durchführen, strategischen Flächenerwerb tätigen, Baugebiete erschließen, vernünftig nachverdichten, aber auch große Bemühungen unternehmen, Baulandreserven zu erschließen. Um dies zu erreichen, ist die Anstrengung aller erforderlich.

Umgesetzt werden sollen mindestens 25 % Sozialer Wohnungsbau sowie Wohnungsbau für Baugruppen und experimentelle Wohnformen. Im Vordergrund steht dabei besonders die Versorgung der Darmstädter Bevölkerung, um ortsansässige Menschen zu binden. Außerdem sollen mindestens 20 % der Wohnungen für mittlere Einkommen gebaut werden. Aber auch hochpreisiges Bauen gehört zu einem

ausgewogenen Mix in einer Stadt mit Führungs- und Fachkräften in attraktiver Mittelpunktslage zwischen Rhein-Main- und Rhein-Neckar-Gebiet.

All diese Wohnungen wollen wir schnell und unbürokratisch schaffen. Dafür werden wir uns auch auf Landes- und Bundesebene einsetzen. Unsere Koalition sieht sich als Netzwerker für ganz neue, partnerschaftliche Modelle.

Unser Leitbild entspricht einem wohnungspolitischen Gesamtkonzept unter Berücksichtigung und in Fortentwicklung der Darmstädter Potenziale. Es soll die liebenswerte Beschaffenheit der Stadt aufgreifen und in angemessener, aber auch in mutiger Form weiterentwickeln, sodass sowohl mehr Höhe, als auch mehr Dichte möglich sind. Diesbezüglich werden wir ein städtebauliches Dichte- und Höhenkonzept beauftragen.

Neben dem Ziel, bis 2020 10.000 neue Wohnungen zu schaffen oder für die Schaffung der Wohnungen die entsprechenden Rahmenbedingungen zu setzen, ist es wichtig, auch Flächenpotenziale für Gewerbe, Dienstleistung, Bildung, aber auch für Freizeit und Erholung sowie für die dringend benötigte Infrastruktur vorzuhalten. Die Stadtentwicklungsgesellschaft DSE hat hier die Aufgabe, die Themen Baureifmachung, Erschließung und Vermarktung zu bündeln und so zu schnelleren und effektiveren Ergebnissen zu kommen.

- In Zeiten knapper Flächenressourcen sollen Flächen auch interimweise oder doppelt genutzt werden können, wie z.B. der Bereich des Marienplatzes, um temporäre Erlöse zu generieren, die dann in die entsprechende Baureifmachung fließen. Deswegen wird der Stadtentwicklungsgesellschaft DSE die Parkraumbewirtschaftung übertragen. Sie erhält die Aufgabe, ein Parkraumbewirtschaftungskonzept in Ambivalenz mit der Erschließung von Flächenreserven vorzulegen und dieses Ziel zu organisieren und zu strukturieren.

Das Stadtplanungsamt erarbeitet derzeit viele Bebauungspläne. Dabei hat die Erschließung von Flächen für Wohnungsbau, aber auch für Gewerbe oberste Priorität. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hier auf den Konversionsflächen. Die Bauleitplanung soll aber auch Rahmenbedingungen schaffen für Privatinvestoren zur Erlangung von Baurecht für dringend benötigten Wohnungsbau. Damit die Infrastruktur diesem Wachstum in adäquater Form gerecht wird, sind daneben auch die Verfahren voranzutreiben, die zur planungsrechtlichen Sicherung von großen Infrastrukturmaßnahmen, wie z.B. der Erweiterung des ÖPNV-Netzes, dienen.

Die Dichte, die unsere Stadtstruktur durch das Wachstum erhalten wird, braucht stadträumliche und bauliche Qualität.

- Wir werden sowohl für die Stadteingänge als auch für öffentliche Flächen und Räume Gestaltungswettbewerbe oder Beteiligungsverfahren initiieren, deren Ziel die Stabilisierung oder auch erst die Erreichung einer städtebaulichen Qualität ist. Dabei gilt der Rheinstraße und ihren Plätzen bis in die Innenstadt ein besonderes Augenmerk. Die Potenziale einer modernen Wissenschaftsstadt

sollen im Zuge der Neugestaltung aufgegriffen und in diesem zentralen Entree zur Stadt sichtbar gemacht werden.

- Wir wollen Gestaltungstypologien für Darmstadt entwickeln, um die Qualität des öffentlichen Raumes zu verbessern und das Weiterbauen qualitativ zu untermauern. Gleichzeitig wollen wir damit aufzeigen, wie der Bestand an Gebäuden und Räumen in Darmstadt weiterentwickelt werden und für die Nutzung der Menschen verbessert werden kann.
- Der Gestaltungsbeirat und die Auslobung von Wettbewerben spielen eine große Rolle für öffentliche aber auch private Aufgaben. Sie sind ein Qualitätsgarant für große stadtbildprägende Baumaßnahmen sowie Freiraummaßnahmen. Wir werden diesen eingeschlagenen Weg fortführen und gegebenenfalls durch operative Programme noch ergänzen. Eines der operativen Programme könnten Workshops und Beratungszirkel in Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Architekten (BDA) und der Architektenkammer sein, die bei Finanzierung durch die öffentliche Hand auch private Investoren bei baulichen Vorhaben begleiten und beraten oder Partizipation organisieren.
- Einen Schwerpunkt werden wir auf die Qualitätsverbesserung und das Aufräumen des öffentlichen Raumes in der City in Kombination mit Erneuerungsmaßnahmen legen. Hierzu werden wir Programme zur besseren Möblierung, für mehr Grün (Fassadenbegrünung, Baumpflanzungen), mehr Sicherheit und Komfort im öffentlichen Raum auflegen.

8. Intelligent vorankommen

Darmstadts Attraktivität als Wohn-, Arbeits- und Ausbildungsort sowie gleichermaßen als kultureller und wissenschaftlicher Anziehungspunkt bringt zahlreiche Fragen hinsichtlich der Erreichbar- und Durchquerbarkeit sowie nach Parkmöglichkeiten hervor. Dies sind ambitionierte Zukunftsaufgaben, deren Planung und Umsetzung jetzt erfolgen müssen.

Alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer haben den Wunsch, schnell in oder durch die Stadt zu kommen. Deshalb besteht vor allem die Notwendigkeit, eine funktionierende Infrastruktur zu erhalten und zu ertüchtigen. Vieles ist in dieser Hinsicht bereits auf den Weg gebracht worden.

Auch für die kommende Legislaturperiode haben wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket definiert. Dieses beinhaltet Konzepte und Maßnahmen, die für die Stadt eine zukunftssichere Verkehrs- und Mobilitätspolitik ermöglichen. Wir setzen auf einen strategischen Dreiklang, der erstens den Erhalt und die Sanierung der Infrastruktur vorsieht, zweitens organisatorische und technische Maßnahmen beinhaltet, die zu einer Verflüssigung des Verkehrs führen und drittens ein umfassendes Portfolio innovativer Mobilitätsangebote umfasst. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass sich die Mobilitätsbedürfnisse verändern und Mobilitätsentscheidungen künftig viel stärker situativ und bedarfsorientiert getroffen werden. Es ist das Ziel, insbesondere im städtischen Umfeld, den Umweltverbund aus Fußweg, Radnutzung und dem ÖPNV zu fördern.

Die drei genannten Ebenen dürfen keine sich behindernden Faktoren sein. Vielmehr müssen sie intelligent vernetzt werden, um einen ganzheitlichen Mobilitätsansatz zu ermöglichen, der insbesondere den ökologischen Anforderungen genügt und mehr Lebensqualität ermöglicht.

Straßensanierungsoffensive

- Das Straßensanierungsprogramm soll auf gleichem Niveau (20 Mio. Euro) wie in der vergangenen Legislaturperiode fortgeschrieben werden.
- Wir werden 2016/17 systematisch den Zustand der Verkehrswege (Straßen, Fahrrad- und Fußwege) erfassen und dazu ein Gutachten vergeben. Damit soll eine valide Grundlage geschaffen werden, um transparente und nachvollziehbare Prioritäten bei den Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen zu definieren.
- Wir werden Eng- und Behinderungsstellen in der Straßeninfrastruktur ermitteln. Durch Kreuzungsumbauten, Kreiselaufbauten, Abbiegespuren, die Beseitigung von Engstellen sowie intelligente Ampelschaltungen – mit neuer Technologie und Programmierung – wollen wir den Verkehr verflüssigen und einen Beitrag zur Luftreinhaltung leisten.
- Wir sorgen durch Straßen-Ummarkierungen für einen besseren Verkehrsfluss

und eine fairere Straßenraumnutzung für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Dabei versuchen wir, die Kapazität der Straßen so weit wie möglich zu erhalten.

- Wir sind für ein faires Miteinander im Straßenverkehr. Dazu werden wir eine Initiative starten und in Form einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit für mehr Rücksichtnahme zwischen den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern werben.

Wir wollen kurze und sichere Wege zwischen den Quartieren und den Grünanlagen weiterdenken, diese vernetzen und damit für einen Barriereabbau für den Rad- und Fußverkehr sorgen. In diesem Zusammenhang sollen Straßenräume und Verbindungen aufgewertet werden, um gleichzeitig zu einer Verbesserung des Lebensumfeldes in der dichter werdenden Stadt beizutragen.

- Durch Straßenraumumgestaltung und neue Markierungen wollen wir mehr Gleichberechtigung für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer erreichen. Dazu gehören Umgestaltungen wie die der Frankfurter Straße/Merck-Platz, Heidelberger Landstraße, Rheinstraße, Bismarckstraße, Frankfurter Straße im Bereich Martinsviertel und viele andere. Dabei soll die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur erhalten bleiben.
- Dort wo es sinnvoll ist, wollen wir sukzessive die Parkraumbewirtschaftung einführen. Die Ergebnisse von Kapellplatz-, Woogs- und Johannesviertel sowie anderen Quartieren werden 2016 bei Lösungen für eine Parkraumbewirtschaftung in der Darmstädter Kernstadt Berücksichtigung finden.
- Durch die Parkraumbewirtschaftung werden die Quartiere aufgewertet, weil mehr Sicherheit und Lebensraum durch mehr Grün (Baumpflanzungen, Kleinst-Grünanlagen) erlangt wird. Für Pendlerinnen und Pendler werden an den Rändern Parkmöglichkeiten geschaffen.
- Verkehrsgefährdendes Parken in Kreuzungsbereichen und auf Gehwegen werden wir durch reduzierte Tolerierung sowie durch bauliche Veränderungen verhindern. Dabei achten wir, wo möglich, auf Doppelnutzung: Fahrradständer können Pollerwirkung haben, Sitzgelegenheiten wildes Parken einschränken.
- Das Projekt "Kinderfreundliche Innenstadt" wollen wir fortsetzen und auf die Quartiere ausweiten.
- Durch die Schaffung von nichtkommerziellen Sitzgelegenheiten entlang der Fuß-Haupttrouten werden wir an einer "besitzbaren" Stadt weiterarbeiten.

Verkehrsverflüssigung und nachhaltiger Infrastrukturausbau

- Zwei Leuchtturmprojekte der Ertüchtigung des öffentlichen Raumes sind die Umgestaltung der Rheinstraße und der Heidelberger Straße/Heidelberger Landstraße. An diesen zwei Hauptverkehrsachsen werden Maßnahmen für die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer mit

gestalterischen und ökologischen Aspekten verknüpft. Dies führt sowohl zu einer Verbesserung der Verkehrsbedingungen aller als auch zu einer optischen Aufwertung der repräsentativen Stadtportale und Achsen.

- Bei der Verkehrsplanung setzen wir den eingeschlagenen Weg von Verkehrsversuchen wie in der Bleichstraße, Grafenstraße oder Frankfurter Straße fort.
- Den gegenwärtigen Zustand zu verbessern und für die Zukunft zu regeln, bedeutet auch, intelligente Ampelschaltungen für Luftreinhaltung und Verkehrsalternativen zu entwickeln.
- Gemeinsam mit dem Landkreis soll an der Frage der Erreichbarkeit und Durchquerbarkeit Darmstadts gearbeitet werden. Vor allem wird untersucht werden müssen, ob es Realisierungsmöglichkeiten für eine Umfahrung Darmstadts im Osten gibt.
- In Kooperation mit der DADINA muss der Nahverkehrsplan ab 2016 evaluiert und neu aufgestellt werden.
- In diesem Zusammenhang soll auf der Grundlage des Nahverkehrsplanes an der Erweiterung des ÖPNV-Netzes auch über die Stadtgrenzen von Darmstadt hinaus gearbeitet werden.
- Für die Anbindung des Ostkreises bzw. Weiterstadts soll eine schienengebundene Variante gefunden werden. Dazu ist ein neuer Anlauf zu unternehmen, um Lösungen zu finden, die den Erfordernissen der Kosten-Nutzen-Untersuchung zum Nachweis des volkswirtschaftlichen Nutzens gerecht werden.
- Mit der Straßenbahnerschließung der Lichtwiese und der Bereiche Kelly/Heimstätte oder Cambrai-Fritsch und Jefferson, soll den Studierenden bzw. den künftigen Bewohnerinnen und Bewohnern ein attraktives ÖPNV-Angebot unterbreitet werden, um auf die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs zu verzichten.
- Im Bereich Kelly/Heimstätte wird durch die Verlängerung der Linie K zeitnah eine Entlastung der Linie H geschaffen.
- Die Direktanbindung Darmstadts als eine der am stärksten wachsenden Regionen Deutschlands an die ICE-Strecke ist die wichtigste infrastrukturelle Aufgabe des Jahrzehnts. Dafür werden wir uns auf allen politischen Ebenen sowie bei der Deutschen Bahn engagieren. Durch die Direktanbindung werden vorhandene Strecken für den Regionalverkehr frei und der Güterverkehr weitestgehend von der Stadt ferngehalten.
- Zu einer funktionierenden Mobilitätsinfrastruktur gehören auch attraktive und sichere Stadtteilbahnhöfe. Für deren Sanierung werden wir uns intensiv engagieren, daran aktiv mitplanen und eigene Ressourcen einbringen.

- Vor dem Hintergrund vorhandener Straßen- und Wegenetze werden wir ein stadtweites Fuß- und Radwegevernetzungs-konzept erarbeiten und mithilfe gutachterlicher Unterstützung planen. Parallel werden wir an der Vervollständigung eines funktionierenden Radwegenetzes, auch in Form kleinerer Maßnahmen, weiterarbeiten. Wir wollen diese Projekte im Dialog mit Fachverbänden und Bürgerschaft umsetzen.
- Markierungen auf vorhandenen Straßen und Wegen sind hierbei genauso angedacht, wie weitere Fahrradstraßen, Shared-Space-Bereiche oder Straßen begleitende Fuß- und Radwegemaßnahmen für mehr Sicherheit und Komfort im Hinblick auf den Fuß- und Radverkehr.
- Die Planung eines überregionalen Radwegausbaus wie nach Roßdorf und Weiterstadt, die Umsetzung des Radschnellwegs nach Frankfurt sowie die Planung weiterer Schnellwege werden wir initiieren und unterstützen.
- Wir wollen an besseren Querungsmöglichkeiten der Fußgängerzone insbesondere in Ost-West-Richtung durch Elemente wie die Markierung von Fahrradstreifen und den Ausbau von Umgehungsstrecken wie z.B. Zimmerstraße-Grafenstraße arbeiten.
- Das Fahrradparkhaus Hauptbahnhof wird saniert und ein Fahrradparkhaus in der Innenstadt geplant. Wir werden stadtweit die Schaffung von sicheren und komfortablen Fahrradabstellmöglichkeiten vorantreiben.

Zukunftsweisende Quartierskonzepte wie beispielsweise das Mobilitätsmanagement in der Lincoln-Siedlung werden wir evaluieren. Sie sollen Vorbild sein, für die Schaffung einer höheren Wohndichte, die dank innovativer Mobilitätsangebote auf einen geringeren Anteil an Autoverkehr zielt.

- In diesem Zusammenhang soll die Stellplatzsatzung novelliert werden und neben dem grundsätzlichen Nachweis auf mehr Gestaltungsspielraum für die Nutzbarkeit von Grundstücken und öffentlichem Raum ausgerichtet werden. Das bedeutet, dass trotz Nachweises notwendiger Stellplätze, intelligente und nachhaltige Mobilitätskonzepte die Schaffung von Stellplätzen ersetzen können und somit Wohnraum günstiger machen.
- Darüber hinaus entstehen zusätzliche Freiflächen im öffentlichen Raum, die Platz bieten für alternative Nutzungen. Mobilitätskonzepte (Carsharing, Pedelecverleih u.ä.) sorgen für eine Mobilität ohne Auto.
- Die Erschließung der Konversionsgebiete ermöglicht die Entwicklung und Einführung zukunftsweisender Mobilitätskonzepte, so wie in dem Konzept Darmstadt 2030+ angedacht. Diese Konzeptbestandteile bilden eine wesentliche Grundlage für die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes. Die inhaltliche Arbeit wird mit umfassenden Beiteiligungsverfahren begleitet. Damit sollen sich die Bürgerinnen und Bürger, Interessenverbände usw. mit ihren Ideen und örtlichen Kompetenzen offensiv einbringen.

- Um im Westen der Stadt Gewerbeflächen zu ermöglichen, werden wir die Erschließung der Gelände Kelley-Barracks und Nathan-Hale-Depot genauso vorantreiben, wie wir die ICE-Trasse, die dieses Gebiet berührt, vorausschauend sichern werden.

Innovative Mobilitätsformen und neue Angebote für die Bürgerschaft

- Das betriebliche Mobilitätsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt soll konzeptionell weiter entwickelt und vorangetrieben werden. Dazu ist eine strategische Vernetzung mit anderen Institutionen vorgesehen.
- Das Jobticket soll auf die gesamte Stadtwirtschaft ausgeweitet werden, indem andere Institutionen wie z.B. Klinikum Darmstadt, Elisabethenstift fachliche Beratung erhalten.
- Bis 2017 soll das Forschungsprojekt zur Implementierung von elektrisch betriebenen Bussen bei der HEAG mobilo abgeschlossen sein. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse aus den laufenden Vorhaben soll über eine flächendeckende Einführung beraten und diese ggf. beschlossen werden.
- Zur Attraktivitätsstärkung des ÖPNV sowie der Bewältigung des Fahrgastzuwachses gehört auch die für 2017 und 2018 geplante Anschaffung neuer Straßenbahnen. Damit einher geht die Neukonzipierung des Straßenbahn- und Busdepots mit dem Ziel einer effektiveren Prozessgestaltung.
- Dies beinhaltet Synergien zur Konsolidierung des ÖPNV-Gesamtsystems. Damit können Haushaltsmittel für eine attraktivere Gestaltung des ÖPNV sinnvoller eingesetzt werden. Dies umfasst vor allem eine Mehrbestellung von Verkehrsleistung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Wir werden die Elektromobilität durch ein Ladesäulen-Kataster und die Installation von Ladesäulen in Kooperation mit der ENTEGA ausbauen. Dazu wird die nötige technische Infrastruktur bereitgestellt. Bei der HEAG mobilo und im Fahrzeugpool der Stadt werden wir elektromobile Fahrzeuge anschaffen.
- Wir werden auch Zukunftsprojekte im Mobilitätsumfeld erproben. Dazu gehören Versuche von der Elektromobilität bis hin zu autonom fahrenden Fahrzeugen. Diese Themen werden wir im Rahmen von Förderprojekten angehen und wissenschaftlich begleiten lassen. Unsere Partner sind hier z.B. die städtischen Energieunternehmen, die Technische Universität (TU), das Fraunhofer Institut sowie die Hochschule Darmstadt (h_da).
- Die derzeitigen Überlegungen im RMV zu einer Tarifreform begleiten wir kritisch mit dem Ziel, günstigere Kurzstreckenfahrten in Darmstadt zu ermöglichen. Damit darf keine Erhöhung der Fahrpreise aus den Stadtteilen in die Innenstadt einhergehen.

- Das Wiener Modell (Jahreskarte für 365 Euro) wird geprüft, d.h. eine Machbarkeitsstudie zu finanziellen Auswirkungen (u.a. für HEAG mobilo), zu den Konsequenzen aus steigenden Fahrgastzahlen sowie eine Bewertung zur Umsetzbarkeit unter dem rechtlichen Rahmen DADINA/RMV wird erstellt. Alternativ soll die Möglichkeit eines Sozialtickets (für Personen mit Teilhabekarte) sowie eines Kurzstreckentickets untersucht und eingeführt werden.
- Die Ausweitung von Car- und Bikesharing wollen wir durch mehr Stellflächen im öffentlichen Raum unterstützen. Dazu werden wir auch die Öffentlichkeitsarbeit und Nutzungshinweise verbessern. Die Nutzung von Lastenfahrrädern, Pedelecs und anderen neuartigen Mobilitätskonzepten werden wir durch Abstellanlagen und Ladesäulen fördern.
- Tempo-30-Zonen wollen wir ausweiten und dort, wo es die Lebensbedingungen der in der Stadt lebenden Menschen verbessert oder die Verkehrssicherheit erhöht, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit festschreiben.

9. Green Smart City gemeinsam ausbauen

Mehr und vielfältigeres Grün in der Stadt schafft Lebensqualität, schont das Klima und ist positiv für Tier- und Artenschutz. Darmstadt hat diese Potenziale und es lohnt, sie zu stabilisieren, weiterzuentwickeln und als festen Bestandteil einer lebenswerten und nachhaltigen Stadt zu manifestieren sowie sie gleichermaßen im Bewusstsein der Menschen zu verankern.

In Zeiten eines weltweiten dramatischen Artensterbens und großer Gefahren für den Erhalt von essenziellen Ökosystemen und Lebensräumen muss es gerade auf kommunaler Ebene eine stärkere Berücksichtigung des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes geben. Klima-, Umwelt-, Natur- und Artenschutz sowie Biodiversität sind Schwerpunkte dieser Legislaturperiode, denn sie sind unabdingbar für die Daseinsvorsorge in der wachsenden und dichter werdenden Stadt. Dafür stehen u.a. der 25-Punkteplan für mehr Biodiversität aber auch Biodiversität in Garten-, Park- und Begleitgrünpflege.

Um Anforderungen des Klimaschutzes selbstverständlich in alle Aspekte öffentlichen Handelns zu überführen, soll bei entsprechenden Vorlagen an die Gremien und bei Genehmigungsverfahren die Frage des Klimaschutzes durch ein interdisziplinäres, internes Fachgremium im Dezernat III geprüft und als Stellungnahme eingefügt werden. Die Klimaarbeit erhält damit eine operative Funktion und beeinflusst alle genehmigungsrechtlichen und sonstigen Entscheidungen. Um auch Umwelt-, Natur- und Artenschutz ausreichend zu berücksichtigen und unserer Verantwortung in dieser Hinsicht gerecht zu werden, sollen hierbei ebenfalls eventuelle Auswirkungen auf die Biodiversität geprüft und bewertet werden, damit z.B. Ausgleichsmaßnahmen ergriffen werden können.

Unter dem Einfluss eines starken dynamischen Wachstums unserer Stadt und der damit einhergehenden Flächenversiegelung (Bodenverbrauch) ist es überlebensnotwendig, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und sie positiv weiterzuentwickeln. Dies bedeutet, Bodenverbrauch und Flächenversiegelung auf einem Minimum zu halten und die nötige Neuentwicklung von Baugebieten intelligent zu gestalten. Wo Neuversiegelung notwendig ist, soll auf der anderen Seite auch die Entsiegelung von ungenutzten, versiegelten Flächen geprüft werden. Ziel ist es, unsere Ökosysteme zu erhalten, zu stärken oder wiederherzustellen.

Alle Maßnahmen des Klima- und Umweltschutzes sind aufs Engste vernetzt mit der städtebaulichen Weiterentwicklung Darmstadts.

Landesgartenschau 2022

Die Darmstädter Landesgartenschau (LGS) verfolgt einen neuen Ansatz für eine gartenbauliche und landschaftsplanerische Leistungsschau, die gleichzeitig die Bürgerschaft von der Aufgabenstellung bis zur Umsetzung und darüber hinaus als Partner eines breit getragenen Prozesses sieht. Wir wollen mit der LGS den Weg zur sozial-ökologischen Stadtentwicklung beschreiten (Einbeziehung einer sozial-

ökologischen Kompetenz von Anfang an, Partizipation ab Aufgabenstellung, Biodiversität als Grundprinzip).

Wir werden das Thema "Erhalt- und Fortentwicklung unserer Lebensgrundlagen" in ökologischer und klimatischer Sicht vorantreiben und den Erhalt von biologischer Lebensvielfalt mit nachhaltiger und ökologisch wertvoller Gartenkultur verbinden. Die LGS soll insbesondere die Themen Stadtklima, Biodiversität, Artenschutz, Vernetzung und Mobilität sowie die "Stadt der kurzen Wege" in den Mittelpunkt rücken. Gleichzeitig soll die LGS das Vermächtnis der Mathildenhöhe, für die wir den Welterbestatus anstreben, neu interpretieren und eine Brücke zu historischer Gartenkunst schlagen. Im Rahmen der LGS können ohnehin erforderliche Maßnahmen der Neugestaltung integriert und in ein städtebauliches Gesamtkonzept eingebettet werden.

- Im Zuge der Planung der LGS ist es ferner nötig, den seit 2004 bestehenden Landschaftsplan der Wissenschaftsstadt Darmstadt zu evaluieren und fortzuschreiben.
- Das Maßnahmenprogramm für mehr Biodiversität soll in der Planung verankert werden.

Biodiversität

Die Biodiversitätsstrategie der Wissenschaftsstadt Darmstadt soll vorangetrieben werden:

- Wir wollen mehr Haushaltsmittel in Grün- und Wasserflächen, vorhandene Brunnenanlagen, Natur- und Landschaftspflege sowie in Quartiersplätze investieren. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die Sicherung und Pflege der historisch gewachsenen Parks und Grünanlagen sowie auf die Vernetzung der verschiedenen Grünanlagen zu legen. Dies muss auch in die Planung von Bauvorhaben einfließen.
- Das Maßnahmenpaket "25 Punkte für die Biodiversität" ist in ein jährliches Maßnahmenprogramm zu übersetzen und ausreichend finanziell auszustatten. Hierbei soll auch ein Indikatorenkatalog entsprechend der Vorschläge des Naturschutzbeirates aufgestellt werden, um die ergriffenen Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin evaluieren und kommunizieren zu können.
- Wir werden Biodiversität und Grünflächenpflege miteinander vernetzen. Um die Grünflächen naturnah zu pflegen und Natur sowie Biodiversität in der Stadt stärker zu entwickeln, müssen ausreichend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.
- Zur Durchlässigkeit von ökologischen Lebensräumen sollen bei vorhandenen und neu abzuschließenden Verpachtungen durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt an Landwirte, wenn möglich, Ackerrandstreifen eingezogen und flächenmäßig oder wirtschaftlich kompensiert werden. Hierbei ist zu beachten, dass diese Ackerrandstreifen mit heimischen Ackerwildkräutern besät werden.

Diese Maßnahme ist ein sehr praktisches Beispiel für mehr Natur- und Artenschutz.

- Wir wollen das Maßnahmenprogramm weiter beleben, um Öko- und Wasserinseln gegen die Verschlechterung des Stadtklimas, zur Verbesserung des Lebensumfeldes und zur Vermeidung von Überhitzung zu schaffen. Das Maßnahmenprogramm muss konzeptionell weiterentwickelt und finanziell gestärkt werden. Hierbei gilt es zu beachten, dass heimische Gehölze und heimisches Saatgut verwendet werden.

Mehr Grün in der Stadt

Wir initiieren ein Dach- und Fassadenbegrünungsprogramm als Kompensation für die zunehmende Versiegelung, um die "grüne Lunge" unserer Stadt zu stärken und den klimatischen Veränderungen entgegenzuwirken. Durch solche horizontalen und vertikalen Gärten bringen wir auf kleiner Fläche mehr Grün in unsere Stadt. Dach- und Fassadenbegrünung haben nicht nur positive Auswirkungen auf das Stadtklima, sondern auch auf die Schadstoffbelastung der Stadtluft. Darüber hinaus wird die Biodiversität gestärkt. Die Stadt soll hier als Vorbild vorangehen und prüfen, bei welchen Gebäuden im Bestand eine nachträgliche Dach- und Fassadenbegrünung möglich ist. Auch die Straßenbeleuchtung kann einbezogen werden. Es soll geprüft werden, ob neu errichtete Masten begrünt werden können.

- Das Fassadenbegrünungsprogramm ist eine konzeptionelle und beratende Vorarbeit, um die private Verantwortlichkeit zu stärken. Dieses Programm braucht eine entsprechende finanzielle Ausstattung, die den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt wird.
- Die Dach- und Fassadenbegrünung soll als Festsetzung oder mögliche Rahmenvorgabe in künftigen Bebauungsplänen Berücksichtigung finden und eine Wertekomponente im ökologischen Bauen in der Wissenschaftsstadt Darmstadt darstellen. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die Baumschutzsatzung dahin gehend erweitert wird, dass bei Baumfällungen für Neubauten nicht nur eine Ersatzpflanzung, sondern alternativ am neu zu errichtenden Haus selbst eine Dach- und Fassadenbegrünung erfolgen kann.
- Im Rahmen der energetischen Stadtsanierung Mollerstadt wird das Hof- und Fassadenbegrünungsprogramm exemplarisch als ein erster Baustein vorangetrieben und die Begrünung des Stadthausplatzes in Angriff genommen und umgesetzt.

Baumschutz

Im Zuge eines besseren Erhaltes von Großbäumen als stadtklimatische Faktoren soll der Baumschutz umfassend erweitert werden und sowohl bei Sanierungsmaßnahmen seine Berücksichtigung finden, als auch im Hinblick auf den Baumerhalt in bebauten Gebieten ausgeweitet werden.

- Die Baumschutzsatzung ist zu überprüfen und die Bewertung von Bäumen in

Bebauungsplänen stärker zu berücksichtigen.

- Wenn in einem Bebauungsplan durch eine Abweichung vom Baufenster Großbäume gerettet werden können, darf eine Befreiung erteilt werden.
- Der Baumschutz muss bei allen Straßenbaumaßnahmen im Sinne des Erhalts im Vordergrund stehen.

Waldschutz

Der Wald bedarf besonderer Beachtung und des Schutzes. Die vorhandene Forsteinrichtung und die Bewirtschaftungsstrategie sollen zugunsten von mehr Walderhalt verändert werden. Dazu braucht es die Bereitstellung angemessener Ressourcen, um die hierdurch entstehenden Einnahmeverluste zu kompensieren und die Bewirtschaftung zu ändern. Die Flächenumnutzung von Waldgebieten soll in seiner Gesamtbilanz minimiert und – wenn möglich – komplett vermieden werden.

- Die Waldbewirtschaftung, Eingriffe in den Wald, Waldverlust und Waldkompensation sollen künftig differenziert betrachtet werden, sodass trotz der Notwendigkeit eventueller Eingriffe der Waldbestand in der Gesamtbilanz gesichert und seine biologische und ökologische Qualität gestärkt wird (entweder adäquate Aufforstung oder ökologische Aufwertung).
- Wir setzen uns für eine bis in Details abgestimmte Bewirtschaftungs- und Eingriffspolitik zwischen dem Land Hessen und der Wissenschaftsstadt Darmstadt ein.
- Für den Darmstädter Stadtwald streben wir die Naturland-Zertifizierung an, um über die FSC-Standards hinaus unseren Stadtwald zu schützen und nachhaltiger zu bewirtschaften. Dies soll gemeinsam mit dem Konzept der Landesgartenschau und des Masterplans Darmstadt 2030+ entwickelt und vorangetrieben werden.

Umwandlung der ehemaligen Stadtgärtnerei in der Orangerie zu einem Ort der Inklusion und Ökologie

Aus einer umfangreichen Bürgerbeteiligung haben sich gute Ideen zu einem gesamtkonzeptionellen Ansatz entwickelt, der die ehemalige Stadtgärtnerei in der Orangerie als energetisches Leuchtturmprojekt weiterentwickelt, in dem inklusiv gearbeitet wird und Kinder-, Jugend- sowie Erwachsenen-Umweltbildung verortet werden. Hierzu liegt ein gemeinsames Konzept von BUND und der Jugend- und Behindertenhilfe gGmbH Behinderteneinrichtung Aumühle vor. In den frei werdenden Bereichen soll bürgerschaftliches Gärtnern möglich sein. Ein umfangreiches Gemeinflächenangebot sorgt für mehr Freiflächenqualität im Orangeriegarten.

- Eine inklusive Gärtnerkolonne soll über die Orangerie hinaus in der Stadt wirken und Maßnahmen zur Biodiversität (25 Maßnahmenprogramm) wie die naturnahe Gestaltung von öffentlichen Anlagen und Grünflächen konkret umsetzen.

Umweltpolitischer Maßnahmenkatalog und Klimaschutz

- Es sollen jährlich verschiedene Projekte mit bürgerschaftlichem Engagement für die Rückgewinnung von Lebensräume angesetzt werden. Urban Gardening ist in allen seinen Formen zu fördern.
- Bereits beschlossene Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität wollen wir umsetzen und die Umwandlung von monotonen Grünflächen in artenreiche Wildpflanzenwiesen durchführen. Amphibien-, Reptilien- und Insektenschutz müssen fortgesetzt werden und bei der Entwicklung von Konversionsflächen eine stärkere Berücksichtigung finden (z.B. Panzerwaschbecken Kelley-Barracks).
- Die Maßnahmen aus dem Klimaschutzprogramm wollen wir besser abarbeiten und weiterentwickeln, dazu gehört die Position eines Klimamanagers oder einer Klimamanagerin zur Vernetzung und Forcierung der Maßnahmenumsetzung.
- Wir werden eine Klimaanpassungsstrategie erarbeiten und jährlich entsprechende Maßnahmen finanzieren (z.B. Begrünung Hügelstraße zur Luftreinhaltung).
- Der Lärminderungsplan braucht konkrete Umsetzungsstrategien sowie unser Engagement auf Landes- und Bundesebene. Das Lkw-Durchfahrverbot werden wir stringenter organisieren und stärker überwachen lassen. Darüber hinaus werden wir weitere Maßnahmen zur Verkehrsminderung aktiv voranbringen.
- Wir wollen die CO₂-Emissionen öffentlicher Gebäude minimieren und so Maßnahmen aus dem ersten Energiebericht des Eigenbetriebs Immobilienmanagement (IDA) umsetzen. Dazu gehört die Bereitstellung und Entwicklung einer qualifizierten Expertise. Das Energiemanagement auf der Grundlage des ersten Energieberichtes, welches in der letzten Legislaturperiode gefordert und erarbeitet wurde, ist weiterzuführen, um den CO₂-Ausstoß bei öffentlichen Gebäuden zu verringern. Damit einher geht ein entsprechendes Sanierungsprogramm.
- Für uns erstrecken sich Luftreinhaltemaßnahmen nicht allein auf die Einhaltung des Luftreinhalteplanes in seiner zweiten und in der sich zurzeit in Erarbeitung befindenden dritten Fortschreibung. Luftreinhaltemaßnahmen sind vielmehr mit Grünvernetzungs- und Biodiversitätsstrategien zu verknüpfen, sodass mit ihnen eine gestalterische Verbesserung des Lebensumfeldes für die Menschen in der dichter werdenden Stadt einhergeht. Diese Maßnahmen dienen auch dazu, den Lärmaktionsplan weiter zu verwirklichen und Feinstaub sowie CO₂ und NO_x zu reduzieren.
- Das Modell "Energiecaravane" soll auf weitere Quartiere ausgeweitet werden, um Privatpersonen Beratung und Unterstützung für eigene Energiemaßnahmen zu bieten.
- Darüber hinaus wollen wir uns weiter für Solar- und Photovoltaiknutzung

einsetzen und Modelle für öffentliche Gebäude finden oder aber auch gemeinsam mit der ENTEGA auf Privatpersonen zugehen. Wir begrüßen bürgerliche Photovoltaikgenossenschaften und unterstützen diese beratend.

- Für eine gesunde Stadt ist es wichtig, die Fluglärmproblematik unter Wahrung der Interessen der Bürgerschaft von Darmstadt immer wieder gegenüber der Flugsicherung Frankfurt zu vertreten. Darüber hinaus sollen mit der aktiven Einflussnahme Flächenreserven im Norden der Stadt gewonnen werden, um diese als Erholungsraum und Wohnbauflächen zu erschließen.
- Die Frischluftleitbahnen sind elementare Bestandteile einer nachhaltigen Stadtgesundheit. Die Fortentwicklung und den Erhalt werden wir bei Bauleitplanung und Nachverdichtung berücksichtigen.
- Waldschutz und alternative Energien wie Windkraftanlagen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir stehen zur Umsetzung der Energiewende in Hessen. Gemeinsam mit Hessenforst wollen wir in einem partizipatorischen Verfahren die vom Regionalplan dafür vorgesehene Fläche entwickeln und in Ausgewogenheit mit möglichst wenig Waldverlust diesem Ziel anheimstellen.
- Wir wollen in Zusammenarbeit mit der ENTEGA ein Förder- und Finanzierungsprogramm zur Anschaffung energieeffizienter Heizungswärmepumpen und Haushaltsgeräte auflegen, wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode begonnen.

Mit dem hier vorgelegten Programm wird klar, dass wir global denken und lokal handeln, um unserer generationenübergreifenden Verantwortung gerecht zu werden.

10. Tradition und Moderne entfalten

Die aus einer bedeutenden Tradition erwachsene Kultur in Darmstadt ist ein Charakteristikum und Identifikationsmerkmal unserer Stadt, sie ist eine tragende Säule in der Trias „Wissen – Kultur – Leben“. Unser Engagement für die Kultur der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist nach unserem Selbstverständnis deshalb mehr als nur eine „freiwillige Leistung“, sie ist die Voraussetzung dafür, dass das erreichte hohe Niveau und die große Vielfalt der Kultur in Darmstadt erhalten bleiben und sich in allen Facetten weiterentwickeln können. Denn das kulturelle Angebot ist ein Beitrag zur Weiterbildung für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Gäste unserer Stadt. Es sichert unsere Lebensqualität und steigert die Anziehungskraft und Profilierung Darmstadts. Es ist also ein integraler Bestandteil einer zukunftsfähigen Stadtpolitik und auch ein Standortfaktor. Auf dieser Basis bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für die Sicherung unseres kulturellen Erbes, für die Schaffung von Freiraum für neue künstlerische Entwicklungen sowie für deren Vermittlung an eine breite lokale und internationale Öffentlichkeit.

- Wir werden die Vielfalt des kulturellen Lebens in Darmstadt durch eine solide und angemessene Förderpraxis sichern, die qualifiziert, transparent und nachhaltig erfolgt.
- Wir werden unser Engagement für die Freie Szene weiter ausbauen und diese in finanzieller Hinsicht beim Einwerben von Drittmitteln/Sponsoren sowie durch städtische Mittel und Maßnahmen unterstützen.
- Darmstadt bleibt verlässlicher Partner des Staatstheaters, das sich in den vergangenen Jahren anderen kulturellen Partnerinnen und Partnern der Stadt geöffnet hat. Das Staatstheater leistet einen wichtigen Beitrag dazu, Kinder und Jugendliche an kulturelle Bildung heranzuführen. Gemeinsam mit dem Land werden wir die notwendigen Sanierungsschritte angehen. Dabei muss intensiv über die Kostenaufteilung zwischen Land, Stadt und Kommunalem Finanzausgleich verhandelt werden.
- Wir werden einen unabhängigen Kulturbeirat ins Leben rufen, der den Magistrat bei der Weiterentwicklung kommunaler Kulturpolitik berät.
- Wir streben eine Lösung der angespannten räumlichen Situation vieler öffentlicher und privater Kultureinrichtungen und vieler freier Kulturschaffender an. Hierzu gehören beispielsweise Ateliers und Archive, Probenräume und Depots, insbesondere aber auch Ausstellungsmöglichkeiten, Bühnen und entsprechende Veranstaltungsräume.
- Wir werden die Bewerbung des Ensembles Mathildenhöhe um Anerkennung als UNESCO-Welterbe in Kooperation mit dem Hessischen Landesdenkmalamt mit Nachdruck voranbringen und im Sinne des vorgegebenen Managementplans umsetzen. Hierzu zählen auch notwendige Investitionen in die denkmalgeschützte Gebäudesubstanz, in die Verkehrsinfrastruktur und die

Grünflächenanlagen.

- Nach dem Umzug des Deutschen Polen Instituts (DPI) ins Schloss werden wir im Nachrückverfahren angemessene Räumlichkeiten in den städtischen Künstlerhäusern Glückert, Olbrich und Deiters für die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, das PEN-Zentrum und für die Stabsstelle der Welterbebewerbung schaffen.
- Der Auszug des PEN aus dem Literaturhaus bietet die Möglichkeiten zur Neustrukturierung der dortigen räumlichen Situation. Insbesondere das Kunst Archiv Darmstadt e.V. braucht weitere Räume, damit das künstlerische Gedächtnis der Stadt über eine dauerhafte und adäquate Infrastruktur verfügt.
- Wir werden die Entwicklung des Osthangs der Mathildenhöhe weiter vorantreiben und mit einem internationalen Wettbewerb und bürgerschaftlicher Beteiligung umsetzen. Parallel werden die Überlegungen für die langfristige bauliche Nutzung dieser Fläche mit dem Ziel intensiviert, hier im Reflex auf die historischen Bedingungen ein neues kulturelles Zentrum zu etablieren. Übergangsweise wird der Osthang weiterhin als kultureller Veranstaltungsort genutzt.
- In Fortsetzung der Entwicklung auf der Mathildenhöhe werden wir eine transparente und temporäre Vergabe der Künstler- und Atelierhäuser auf der Rosenhöhe anstreben, um auch hier an den historischen Gedanken einer offenen, auf die Stadt ausgerichteten Künstlerkolonie anzuknüpfen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass im Pallaswiesen/Mornewegviertel in Verbindung mit dem Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ auch Voraussetzungen für eine „Kreativstadt“ geschaffen werden.
- Wir wollen an die im 20. Jahrhundert begründete „Hochburg der Gestaltung“ in Darmstadt anknüpfen und die Verortung entsprechender Einrichtungen unterstützen. Darmstadt als Designstandort muss erhalten werden. Hierzu zählt insbesondere die Sicherung der Sammlung des Instituts für Neue Technische Form (INTEF).
- Um die Integration der Geflüchteten, die dauerhaft in Darmstadt bleiben werden, zu befördern, unterstützen wir neue Kulturprojekte mit Geflüchteten und die Vernetzung von privaten und öffentlichen Kultureinrichtungen, die entsprechende Initiativen ergreifen.
- Straßentheater ist ein ideales Medium, um Innenstadt und Stadtteile unabhängig von Konsum erlebbar zu machen. Wir werden die Möglichkeit schaffen, das Angebot an Straßentheater in Zukunft noch auszuweiten, damit verwaiste Plätze Aufwertung erfahren und Kultur gemeinschaftlich erlebt werden kann.
- Seit vielen Jahren leistet der Verein für internationale Waldkunst wertvolle Pionierarbeit bei der Vermittlung von Kunst im Naturraum. Er ist ein wichtiges

Bindeglied zwischen Kunst in der Stadt und Freiraumgestaltung. Diese wichtige Arbeit wollen wir in angemessenem Maße unterstützen, um dieses kulturelle Alleinstellungsmerkmal für die Stadt dauerhaft zu sichern.

- In Darmstadt gibt es über 40.000 Studierende. Auch studentische Initiativen bieten ein attraktives Kulturprogramm. Dieses wollen wir enger mit anderen Kultureinrichtungen in der Stadt verbinden. Dies könnte beispielsweise mit einer Öffnung der Campus für Aktionen und Vorstellungen der Kulturschaffenden erreicht werden.
- In Darmstadt muss der Fokus auf die Orte der Erinnerungskultur auch weiterhin geschärft werden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Denkzeichen Güterbahnhof nach der Sanierung der Bismarckstraße an seinen ursprünglichen Ort zurückkehrt und ihm dort ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird. Dieser Ort, von dem aus 1942/43 Darmstädter Jüdinnen und Juden sowie Sinti deportiert wurden, muss das ganze Jahr über durch angemessene Pflege gut wahrnehmbar sein. Auch die öffentliche Sichtbarkeit des Erinnerungsortes „Liberale Synagoge“ muss gestärkt werden. Eine Ausweitung der Öffnungszeiten ist dringend angebracht.
- Ein geeigneter Ort für die zu konzipierende Dauerausstellung „Verfolgung der Sinti & Roma“ muss eingerichtet werden. Wichtig sind uns die Stolpersteine, eine „Erinnerungskultur von unten“ sowie Zeitzeugen-Programme. Eine Pflege der bereits angebrachten Gedenktafeln wird in die Wege geleitet.
- Wir setzen uns für ein Denkmal für die von den Nazis verfolgten Homosexuellen ein.
- Wir engagieren uns auch in Zukunft für den Erhalt und die konzeptionelle Weiterentwicklung des Schlossmuseums.
- Der Vernetzungsgedanke der Landesgartenschau bietet die Chance einer Verknüpfung der Darmstädter Museen bei gleichzeitiger Eigenständigkeit und die Möglichkeit, die Wahrnehmung der Museumslandschaft vom Stadteingang bis zur Mathildenhöhe zu stärken.
- Die Stadt Darmstadt wird aufgrund ihrer Tradition und ihres modernen urbanen Anspruchs weiter eine aktive Rolle im Kulturfonds RheinMain einnehmen.
- Wir setzen uns für die baldige Realisierung eines Luise-Büchner-Denkmal ein.
- Der Stadteingang muss seiner kulturgeschichtlichen Bedeutung entsprechend aufgewertet werden. Im Rahmen der Stadtentwicklung werden insbesondere die Kunsthalle und ihre Freiflächen sowie der Steubenplatz weiter geplant.
- Wir werden die untere Rheinstraße als zentrales Stadt-Entree neu gestalten und dabei die Potenziale der Wissenschaftsstadt für die Passantinnen und Passanten sichtbar machen. Die in Darmstadt ansässigen Kultur- und Wissenschaftsinstitute sollen mit geeigneten Mitteln präsentiert werden.

11. Darmstadt in Bewegung halten

Die Darmstädter Bürgerinnen und Bürger können auf ein vielfältiges Sport- und Bewegungsangebot zugreifen, dazu gehören Sparten- und Breitensportarten in Sportvereinen ebenso wie informelle Bewegungsangebote.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir erheblich in die sportliche Infrastruktur investiert. Niedrigschwellige Bewegungsangebote wurden weiter ausgebaut. Vor allem aber wird den Sportvereinen durch rechtzeitige Einbringung des Haushalts eine hohe Planungssicherheit gegeben. Durch die solide Haushaltsplanung können die Zuschüsse jedes Jahr fristgerecht ausgezahlt werden.

Die Koalition wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode für ein breites Angebot an Spiel-, Sport- und Bewegungsmöglichkeiten einsetzen. Wir wollen die Integration von Spiel, Sport und Bewegung in die urbane Alltagswelt weiterentwickeln und fördern. Dabei fassen wir sowohl die Quartiersorientierung als auch spezielle Zielgruppen besonders ins Auge.

Förderung des institutionellen Sports in Vereinen

Auch wenn sportliche Aktivitäten nur zum Teil in Sportvereinen stattfinden, kommt dem Vereinssport eine große Bedeutung zu. In Darmstadt gibt es 110 Sportvereine mit insgesamt über 44.000 Mitgliedern.

Sport im Verein ist eine wertvolle Freizeitbeschäftigung und leistet einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit und Wertebewusstsein. Er hat eine hohe integrative Wirkung für Kinder und Jugendliche. Zugleich verbindet er nach Alter, Geschlecht, sozialem Status und Herkunft unterschiedliche Menschen. Neu zugewanderten Menschen gibt das feste Regel- und Normensystem der Sportvereine Halt und Orientierung in einer für sie schwierigen Eingewöhnungsphase. Der Sport im Verein ist somit gut geeignet, um Integration zu fördern. Zur Unterstützung der Sportvereine für diese Integrationsleistungen haben wir den Vereinen zusätzlich 50.000 Euro in der Sportförderung zur Verfügung gestellt.

- Für ihre gesellschaftliche Integrationsleistung insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit, sowie innerhalb von inklusiven Ansätzen für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderung und von Menschen unterschiedlicher Kulturen werden wir die Vereine auch künftig zuverlässig und gezielt fördern.
- Sportvereine sind ein wichtiger Ort für Präventionsarbeit. Wir sehen es deshalb als Aufgabe der Stadt an, gemeinsam mit den Vereinen Strategien gegen Gewalt und Diskriminierung zu entwickeln. Ein positives Beispiel hierfür ist das Fanprojekt Darmstadt. Gemeinsam mit anderen Fördererinnen und Förderern wollen wir dieses Projekt sichern und ähnliche Initiativen in anderen Vereinen unterstützen.
- Sportvereine mit eigenen Sportstätten und Anlagen wollen wir auch weiterhin gesondert unterstützen. Mit der gezielten Förderung des Sonderinvestitions-

programms zur Sportstättenanierung in Höhe von 2 Mio. Euro haben wir die Möglichkeit geschaffen, den Sanierungsstau bei vereinseigenen Sportstätten abzubauen. Dieses Engagement wollen wir Fortsetzen und weiterentwickeln. Dabei wollen wir insbesondere die weitere energetische Sanierung in den Fokus nehmen – das entlastet die Vereine nachhaltig bei den Energiekosten und ist umweltschonend.

- Für die Vergabe von Investitionszuschüssen gelten unsere transparenten Kriterien und Strukturen. Diese werden wir weiterentwickeln.
- Die Kooperation von Sportvereinen auf Stadtteilebene wollen wir in einem strukturierten Prozess unterstützen und (weiter)entwickeln – der begonnene Prozess soll intensiviert und verstetigt werden. Hierzu gehören sowohl organisatorische Maßnahmen, die die Vereine entlasten, wie z.B. eine gemeinsame Geschäftsstelle verschiedener Sportvereine eines Stadtteils als auch die Entwicklung einer gemeinsamen Nutzung von Sportanlagen/ Sportstätten, abgestimmte Angebote zur Vermeidung von Doppelungen oder auch die Entwicklung neuer Betreibermodelle. Der von der Koalition angestoßene Planungsprozess zum Sportpark Süd-West soll dafür eine modellhafte Grundlage liefern. Für die Kooperation von Vereinen untereinander wie auch mit anderen Institutionen der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit wollen wir in der Sportförderung Anreize schaffen.

Frühzeitige Förderung von Sport und Bewegung bei Kindern

Die Freude von Kindern an Bewegung wollen wir fördern.

- Die Schulhöfe sollen sport- und bewegungsfreundlich ausgebaut werden. Dafür sollen entsprechende Maßnahmen in das Schulhofsanierungsprogramm aufgenommen und dieses noch stärker in das Schulbausanierungsprogramm integriert werden.
- Sport und Bewegung müssen zu einem festen konzeptionellen Bestandteil der Kinderbetreuung in Tagesstätten und Grundschulen gemacht werden. Die Kooperationen zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen, Grundschulen und Sportvereinen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Sportkreis ausbauen und verstetigen. Die von uns für das Jahr 2016 hierfür bereitgestellten speziellen städtischen Fördermittel in Höhe von 75.000 Euro für die personelle Ausstattung von Sportvereinen zum Einsatz von Übungsleiterinnen und -leitern oder zur Komplementärfinanzierung von FSJ-Stellen leisten hierbei konkrete Unterstützung.
- Gemeinsam mit dem Sportkreis wollen wir ein Konzept für eine zeitlich begrenzte kostenlose Mitgliedschaft in Sportvereinen entwickeln, die Kinder innerhalb eines gewissen Zeitraums zur sportartübergreifenden Teilnahme an Angeboten verschiedener Vereine berechtigt.

Förderung von Sport und Bewegung für ältere Menschen

Nach dem Bewegungsparcours in Wixhausen wurden im Bürgerpark Nord und im Herrngarten weitere Parcours für Seniorinnen und Senioren in zentralen und öffentlich gut zugänglichen Parkanlagen errichtet. Die Geräte stehen kostenlos allen Interessierten zur Verfügung. Die Parcours sind ein weiterer Schritt auf dem Weg in eine altersgerechte und gesunde Stadt. In Kooperation mit dem Sportkreis ist es zudem gelungen, angeleitete Trainingszeiten für Seniorinnen und Senioren anzubieten.

- Die Errichtung solcher Bewegungsparcours vor allem für ältere Menschen wollen wir weiter ausbauen. In enger Abstimmung mit der Interessenvertretung für Seniorinnen und Senioren, mit Sportvereinen und mit freien Trägern der Seniorenarbeit wollen wir weitere Konzepte zur Bewegungsförderung von älteren Menschen entwickeln.

Verbesserung der Infrastruktur

Sport, Spiel und Bewegung brauchen entsprechend geeignete Räume. Die gesundheitsfördernde Wirkung des alltäglichen Fuß- und Radverkehrs wollen wir durch deren konsequente Förderung stärken. Deshalb verfolgen wir das Ziel einer Stadt der kurzen Wege und gestalten Plätzen, Parks und Wege zu informellen Bewegungsräumen um.

- Auf Quartiers- und Stadtteilebene wollen wir für die Koordination von Sport- und Bewegungsangeboten und die Kooperationen von Vereinen untereinander sowie mit Schulen und freien Trägern in der Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit einen regelmäßigen Austausch organisieren.
- In den Wohnquartieren wollen wir Bewegungsräume ausbauen bzw. schaffen, die altersübergreifend und multifunktional genutzt werden können. Ein Fokus liegt hier insbesondere auf Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die bisher im öffentlichen Raum kaum adäquate Orte finden, um ihren Bewegungsbedürfnissen ihrem Alter und Interesse entsprechend nachzugehen.
- Bei bereits existierenden Sportanlagen wollen wir prüfen, wo und wie eine Öffnung für eine breitere Nutzung auch außerhalb des institutionalisierten Sports möglich ist und dies vorantreiben. Unser Ziel ist es, in jedem Stadtteil eine – zumindest teilweise – geöffnete Sportanlage zur Verfügung zu haben.
- In neu entwickelte Stadtteile wird eine Sportinfrastruktur integriert.
- Um das Angebot für den organisierten Sport zu verbessern, wollen wir weiterhin nicht nur die üblichen Turnhallen, sondern auch andere sporttaugliche Räume nutzen. Es soll eine Übersicht über alle infrage kommenden kommunalen, privaten und vereinseigenen Räumlichkeiten erstellt werden.
- Für die Vergabe von Nutzungs- und Belegungszeiten in städtischen Sporthallen (einschl. Schulsporthallen), städtischen Bädern wie auch von Außenanlagen wollen wir transparente Kriterien entwickeln.

- Den Sanierungsstau bei Sportstätten – städtischen wie vereinseigenen – wollen wir weiter systematisch abbauen und hierzu ein Sportstättenanierungsprogramm mit einer Priorisierung der notwendigen Maßnahmen erstellen.

Nordbad

Darmstadt Norden braucht ein leistungsfähiges Hallenbad. In einem breit angelegten Beteiligungsprozess zwischen Schulen, Vereinen, Stadtverwaltung, Politik und einer Bürgerinformationsveranstaltung wurde eine Grundvariante für ein modernes, barrierefreies Schwimmbad herausgearbeitet, das sowohl Kriterien des Leistungssports als auch die Bedürfnisse von Schulklassen und Familien erfüllt. Wir arbeiten an einer adäquaten Umsetzung. Es wird geprüft werden, ob die Leistungssportkomponente vom Land Hessen gefördert wird und ob sich technische Synergien für die Freibadsanierung ergeben.

- Die Grundversorgung mit einer vielfältig nutzbaren Schwimminfrastruktur wollen wir weiterhin gewährleisten.

Umbau des Stadions am Böllenfalltor

Im Mai 2015 ist es dem Darmstädter SV 1898 gelungen als Zweitligaaufsteiger den direkten Durchmarsch in die erste Fußballbundesliga zu schaffen, eine große Sensation in der deutschen Fußballgeschichte! Der Klassenerhalt nach der ersten Bundesliga-Saison ist bereits das dritte Wunder in Folge.

Schon lange vor diesem Darmstädter Fußballwunder, im April/Mai 2013, als der Erfolg der Lilien noch nicht absehbar war, hat der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt den ersten Entwurf einer Machbarkeitsstudie für den Stadionneubau vorgelegt. Denn schon damals bestand Handlungsbedarf, unabhängig davon, in welcher Liga der SV 98 spielt.

Nach Gründung einer Betreibergesellschaft wurden Finanzierungskonzept, Businessplan und der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans für den Sportpark „Böllnfalltor“ von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Mit dem Land Hessen wurde ein Millionenzuschuss verhandelt und mit dem Darmstädter Traditionsunternehmen Merck ein idealer Sponsor gefunden. Es gibt ein sehr anspruchsvolles Beteiligungsverfahren mit den Bewohnerinnen und Bewohnern der angrenzenden Stadtteile sowie weiteren Beteiligten. Mit dem Verein und den Fangruppierungen wurde die Einigung auf ein englisches Stadionmodell erzielt: vorne stehen – hinten sitzen, mit einem sehr hohen Anteil an Stehplätzen. Die entscheidenden Grundlagen für den Umbau zu dieser modernen Sportstätte sind geschaffen. Ziel ist es, das Traditionsstadion am Böllenfalltor als Ort für erfolgreichen Ligafußball und auch für andere sportliche und kulturelle Nutzungen zu ertüchtigen und es finanz- und rechtssicher umzubauen. Dies beinhaltet ein baurechtliches Vorgehen, das unter Umständen auch Alternativplanungen erfordert.

Sportförderung

Die Sportförderrichtlinien der Stadt Darmstadt wollen wir überprüfen und modernisieren. Damit sollen Anreize geschaffen und innovative Projekte ermöglicht werden.

- Dabei sollen Sportvereine mit intensiver Kinder- und Jugendarbeit vorrangig gefördert werden.
- Bei der Überarbeitung der Sportförderrichtlinien sollen Klimaschutz und Ressourcen sparende Investitionen bzw. Aktivitäten besondere Berücksichtigung finden.

12. Bürgerservice – analog und digital

Wir wollen den Bürgerservice ausbauen, um einerseits die Beteiligung der Menschen an Entscheidungen über die Stadtentwicklung besser zu fördern und andererseits die Wege zu bestimmten Serviceleistungen zu verkürzen sowie durch Onlineprozesse Behördenwege zu ersparen. E-Government ist das Gebot moderner Verwaltung.

Bei der Einführung von neuen Technologien setzen wir auf die Innovationskraft der Stadtverwaltung und das Know-how unserer Hochschulen. Die Green-Smart-City-Initiative ist diesbezüglich weiter auszubauen, um neue Technologien sowie Innovationsnetzwerke in Stadt und Region zu fördern.

- Bürgerinnen und Bürger sollen frei und maschinenverwertbar die statistischen Daten der Stadt verwenden dürfen. Dies dient auch der Vorbereitung von Bürgerbeteiligungsprozessen. Abzugrenzen ist die Verwertung vertraulicher Daten. Sollen Daten kommerziell verwendet werden, kann ein Entgelt erhoben werden.

Zu einer zügigen Bürgerinformation unter Reduzierung der Belastung der einzelnen Dienststellen gehört, dass wir die Behördennummer 115 leistungsfähig ausbauen und bekannt machen wollen. Dazu gehört auch, dass die Homepage der Stadt Darmstadt beständig auf Lesefreundlichkeit und Barrierefreiheit überprüft wird.

- Es wird überprüft, ob über die zentrale telefonische Anlaufstelle unter der Nummer 115 hinaus, auch eine reale Anlaufstelle zur Bündelung des Bürgerservices erfolgen muss.
- Bei den Anlaufstellen für Bürgerservice werden sowohl die räumliche-, als auch die zeitliche Situation der Warte- und Bearbeitungszeiten verbessert.
- Neubürgerinnen und -bürger sowie Gäste sollen sich willkommen und korrekt behandelt sehen.
- Wo Bedarf besteht und umsetzbar ist, werden wir zusätzliche Angebote eröffnen (z.B. standesamtliche Trauungen im Jagdschloss Kranichstein).

Wir wollen, dass Verwaltungsprozesse, die Bürger-Dienstleistungen betreffen, darauf überprüft werden, inwieweit sie digitalisiert werden können. Bis 2021 werden Bürgerinnen und Bürger mindestens 25 Behördengänge direkt digital erledigen können. Dabei soll die Stadtverwaltung bei der sicheren (verschlüsselten und signierten) E-Mail-Kommunikation mit gutem Beispiel vorangehen.

- Termine für wichtige Bürgerdienste sollen online vergeben werden können.
- Bürgerinnen und Bürger sollen konkrete Mängel online melden können.
- Beim Umzug innerhalb der Stadt sollen sich Bürgerinnen und Bürger online ummelden können (inklusive Folgeummeldungen z.B. bei der Fahrzeug-

zulassung oder Gewerbe).

- Es soll u.a. möglich sein, dass Bibliotheksausweise oder Anwohnerparkscheine online vergeben werden können.

Der Magistrat überprüft alle diese Services auf eine Umstellung. Für Prozesse, bei denen dies nicht möglich ist, legt der Magistrat einen begründeten Bericht vor.

Der Zugang zur digitalen Welt ist Grundrecht und Teil der Daseinsvorsorge.

- Wir begrüßen, dass auf Bundesebene WLAN-Angebote etwa in Hotels und Gaststätten von der Störerhaftung freigestellt werden sollen. Wir werden die städtische Infrastruktur schrittweise so ertüchtigen, dass in städtischen Gebäuden, Institutionen und auf großen Plätzen WLAN benutzt werden kann. Dazu werden wir ggf. auch auf Freifunk zurückgreifen.
- Die Stadt wird darauf drängen, die letzten "Internet-Lücken" in der Stadt zu schließen.

Gerade in der aktuellen Zeit sind Umgangsformen und rechtliche Aspekte digitaler Medien große Themen.

- Wir wollen das Mediendiplom fortführen, mit anderen Projekten zur Medienkompetenz und zum Jugendmedienschutz vernetzen und weiterentwickeln sowie durch Angebote in der Erwachsenenbildung ergänzen. Weiterhin gehört dazu die Ausstattung der Schulen mit Internetzugang sowie WLAN für Verwaltung und Pädagogik sowie mit passender Hardware.

13. Sicheres Darmstadt – erst präventiv, dann repressiv

Wir wissen um das Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Sicherheit und wollen in Darmstadt auch weiterhin alle Voraussetzungen dafür schaffen. Ein friedliches Miteinander im öffentlichen Raum und auf den Plätzen unserer Stadt setzt Akzeptanz und Toleranz voraus. Die öffentlichen Räume gehören allen – geltende Regeln und gegenseitige Rücksichtnahme müssen akzeptiert werden. Gemäß der Darmstädter Präventionskonvention (Gefahrenabwehrverordnung) streben wir auch weiterhin an, dass soziale/präventive und repressive Intervention abgestimmt und aufbauend zum Einsatz kommen. Wir werden auch in Zukunft aktiv gegen Angsträume vorgehen, denn Sicherheit ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in einer Stadt.

- Wir wollen konzeptionelle und präventive Angebote repressiven Maßnahmen voranstellen, wo immer dies möglich ist. Wir stehen zu präventiven Maßnahmen, welche im kommunalen Präventionsrat durch Abstimmung und Vernetzung mit den zuständigen Akteurinnen und Akteuren und in Absprache mit der Bevölkerung entwickelt und umgesetzt werden. Bestehende Angebote wie Streetworker, Anlaufstellen für Obdachlose und Suchtkranke sollen weiterhin gefördert werden. Sie sind wichtige Beratungs-, Begleitungs- und Informationsstellen und mit ordnungsrechtlichen Stellen vernetzt. Der Kommunale Präventionsrat (KPRD) erarbeitet in seinen Arbeitsgruppen, wie AG-Sicherheit, AG-Sucht und Drogenhilfe, Expertenpool Suchtprävention, AG-Innenstadt, AG-Eberstadt (Modaupromenade), AG-Europaplatz, angemessene Lösungen für die Sicherheit im öffentlichen Raum. In diesen Gruppen sind Polizei, kommunale Ordnungsbehörden sowie soziale und jugendpolitische Akteurinnen und Akteure vertreten.
- Die Dienstzeiten der Kommunalpolizei werden wir erweitern. Darüber hinaus streben wir einen stärkeren nächtlichen Einsatz in enger Kooperation mit der Landespolizei an. Hierzu wollen wir auch eine durchgehende Erreichbarkeit der Kommunalpolizei während der Dienstzeiten realisieren.
- Die Präsenz der Kommunalpolizei wollen wir, bezogen auf die Stadtteile, ausweiten und dabei die Kooperation mit Bürgerinnen und Bürgern stärken.
- Die Kommunalpolizei soll ein greifbarer Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger werden. Aus diesem Grund wollen wir eine feste Stadtwache der Kommunalpolizei an einem qualitativ und logistisch geeigneten Standort in der Innenstadt einrichten. Hier sollen die Darmstädterinnen und Darmstädter ihre Anliegen vorbringen und ordnungsrechtliche Fragen klären können.
- Wir streben eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger an öffentlichen Orten in Darmstadt an. Angst- und Problemräume sollen u.a. anhand einer Bürgerbefragung identifiziert und entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung in die Wege geleitet werden (Ausleuchtung, Grünschnitt, Belebung usw.).

- Durch Prävention und Intervention sowie durch Öffentlichkeitsarbeit wollen wir eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die Stadtgesellschaft und eine Kultur des Hinschauens erreichen. Zivilcourage ist ein wertvolles Gut. Gleichzeitig gilt es in besonderer Weise, Gefahr und Angst von Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden.
- Im Kommunalen Präventionsrat (KPRD) soll dauerhaft eine AG "Risikospiele und gewaltbereite Fanszenen im Sport" eingerichtet werden, die Aspekte der Prävention und der Gefahrenabwehr frühzeitig behandelt. Hierbei werden Fanvertretungen, Polizei, Einwohnerinnen und Einwohner, Sportverbände und gegebenenfalls weitere Akteurinnen und Akteure einbezogen.
- Zur Vermeidung und besseren Aufklärung von Straftaten setzen wir uns für den Einsatz von Videoüberwachung an neuralgischen Stellen wie dem Luisenplatz oder dem Bahnhofsvorplatz ein. Bürgerbefragungen und Analysen in Kooperation mit der Landespolizei und dem KPRD sollen Grundlage für die Entscheidung über den Einsatz von Videoüberwachung sein. Wir prüfen, ob weitere Einsatzmöglichkeiten geschaffen werden können.
- Das Angebot der Jugendverkehrsschule soll erhalten bleiben, um frühzeitig eine Verkehrserziehung für Schülerinnen und Schülern anbieten zu können. Das Angebot soll mit der Nachmittagsbetreuung verbunden werden.
- Wir machen uns für die Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer stark und wollen einen Beitrag für die Sicherheit aller Beteiligten leisten. Neben Kontrollen des motorisierten Verkehrs durch Polizei und stationäre Messgeräte setzen wir uns für eine verstärkte Kontrolle des Radverkehrs ein. Damit tragen wir dem stark ansteigenden Radverkehr Rechnung.
- Wir werden politischen Extremismus sowie rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen, homophoben oder religiös-extremistischen Ideologien scharf entgegen treten und durch Aufklärungs- und Erinnerungsarbeit bekämpfen.

Feuerwehr

Die Freiwillige und die städtische Feuerwehr sowie die Hilfs- und Rettungsdienste sind unverzichtbar zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger in Notlagen.

- Wir werden die vorbildliche Arbeit des Brand- und Katastrophenschutzes sowie der Rettungsdienste weiter unterstützen. Das ehrenamtliche Engagement ist eine der wichtigsten Stützen unserer Gesellschaft und muss dementsprechend gefördert und gewürdigt werden. Die Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren muss gestärkt werden. Ziel ist insbesondere die Erschließung neuer Zielgruppen (Frauen, Migranten), die verstärkte Beratung und Unterstützung der Feuerwehren über erfolgsversprechende Werbeaktionen und -maßnahmen sowie die Auszeichnung von Feuerwehren, die sich im Bereich der Nachwuchsförderung besonders hervorheben.

- Ein Augenmerk soll auch auf der Jugendfeuerwehr liegen. Gerade Kinder aus Migrantenfamilien sollen hier angesprochen und ermuntert werden. Dadurch wird die Integration intensiviert und vorangetrieben.
- Der Neubau der Freiwilligen Feuerwehr in Arheilgen soll zügig fertiggestellt und in Betrieb genommen werden.
- Der Standort der Berufsfeuerwehr Darmstadt muss dringend saniert werden. Hierbei gilt es, mögliche Synergieeffekte durch eine Zusammenlegung mit der freiwilligen Feuerwehr Innenstadt und ggf. dem Rettungsdienst zu nutzen. Unter Berücksichtigung des Stadtentwicklungsprozesses sollen hierfür verschiedene Standortalternativen geprüft werden.
- Den Freiwilligen Feuerwehren soll eine zeitgemäße Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden. Hierzu gehören insbesondere die Schutzausstattung sowie neue Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeuge (HLF's).

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Darmstadt

Lauteschlägerstraße 38

64289 Darmstadt

Telefon 06151-61490

Telefax 06151-61401

kreisverband@gruene-darmstadt.de

www.gruene-darmstadt.de

CDU Darmstadt

Steubenplatz 12

64293 Darmstadt

Telefon 06151-17120

Telefax 06151-22964

info@cdu-darmstadt.de

www.cdu-darmstadt.de